



GEW

**Auf dem Weg
zur Weltspitze**

DDS

*Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern*

**Januar/Februar
2005**

Inhalt:

Ein Jahr nach der Regierungserklärung

Was hat sich am schulischen Alltag von LehrerInnen geändert?

ein DDS-Gespräch S. 3

Gut gemeint - aber weniger gut gemacht?

Intensivierungsstunden am G 8

von Wolfram Thom S. 9

Schnellschuss G 8

von Raphaela Schweiger S. 10

Bessere Förderung durch neue Zeugnisse?

von Gele Neubäcker S. 11

Landeskongress Schulsozialarbeit

Resolution des Landeskongresses Schulsozialarbeit

des Forums Bildungspolitik in Bayern S. 13

Honorare für vhs-DozentInnen zu niedrig

von Peter Weiß S. 14

Weiterbildung in der reflexiven Moderne

von Prof. Dr. Heiner Keupp S. 15

Aushang:

Nicht die Einwanderer sind schuld ...

Zwischen Pest und Cholera

Juristischer Ratgeber für Beschäftigte der evang.-luth. Landeskirche und des Diakonischen Werkes Bayern e.V.

von Hans Schuster und Günther Schedel-Gschwendtner S. 18

Das Kopftuch ist mehr als ein bloßes Stück Stoff

Warum die öffentliche Schule religiös neutral sein muss

von Dr. Wolfgang Proske S. 20

Klasse statt Masse

Bericht vom 3. ErzieherInnentag der GEW Bayern

von Günther Schedel-Gschwendtner S. 21

PISA 2003

von Schorsch Wiesmaier S. 23

Chancenreiche und schwierige Jahre für die GEW

von Oskar Brückner S. 25

Abwechslung im Unterricht: Planspiele

von Fabian Glötzner S. 26

Verschiedenes S. 28

Mitgliederberatung, Verschiedenes S. 29

Dies und Das S. 30

Glückwünsche und Veranstaltungen S. 31

Kontakte S. 32

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

An die Weltspitze wollte Ministerpräsident Stoiber das bayerische Bildungssystem führen. »Wir investieren in exzellente Bildung auf internationalem Niveau. Bayern soll mit seinen Schulen in zehn Jahren unter den ersten fünf Spitzenländern in der Weltrangliste stehen«, so hieß es in seiner Regierungserklärung – wir erinnern uns. Heute, über ein Jahr nach diesem vollmundigen Versprechen, findet sich das bayerische Bildungssystem eher in einem tiefen Tal wieder. Das Bildungskonzept der Staatsregierung – so es ein solches gab – erweist sich als Flickwerk. Um die Löcher zu stopfen, werden LehrerInnen in Ausbildung und sogar Eltern zur Unterrichtsversorgung herangezogen. Auch Studierende will man verpflichten. Der dramatische Engpass beim Personal empört selbst sonst wohlmeinende Kreise. Aber was soll's: Diejenigen, deren Kinder aktuell vom Mangel betroffen sind, können nicht warten bis sich die Situation über den langwierigen Weg politischer Entscheidungsprozesse entspannt. Deshalb greifen manche – die es sich leisten können – bereits zum Mittel der Selbstfinanzierung, und sei es für die Stelle einer Schulsekretärin. So wird aus der Not heraus eine Bresche geschlagen für Privatisierung von Bildung. Und ohne Scheu kann mittlerweile darüber diskutiert werden, dass für Angebote in Ganztagschulen, die (noch!) an nichtkommerzielle Träger wie Volkshochschulen und Sportbund outgesourct werden sollen, selbstverständlich »auch die Eltern zur Kasse gebeten werden« (SZ v. 17.1.05).

Ob die von Hartz IV Betroffenen dann die 1,33 Euro ansparen müssen, die ihnen monatlich für Schulmaterial zustehen, wenn sie ihren Kindern jedes halbe Jahr eine Sportstunde finanzieren möchten? Aber zum Glück gibt es ja noch die Ein-Euro-Jobs^{*)}. Damit wird es dann billiger.

Zynismus? Ja, das klingt wohl so. Aber ich lege großen Wert darauf, dass es nicht der meine ist, sondern der dieser Verhältnisse und ihrer politischen Sachwalter.

Karin Just

^{*)} Gerade mal ein halbes Jahr ist es her, dass ich an dieser Stelle spekuliertere, das fehlende Personal im pädagogischen Bereich könne künftig durch Ein-Euro-Jobs rekrutiert werden. Meine Befürchtung, ob dieses Gedankens der Schwarzmalerei geziehen zu werden, zerstreute kurz darauf der Berliner Bildungsminister, der genau diesen Vorschlag in die Debatte einbrachte und dafür Zustimmung von vielen Seiten erhielt.

Das Bündnis »Kinder brauchen Qualität« macht weiter, auch nach der voraussichtlich ersten Lesung des Bayerischen KitaGesetzes am 27. Januar. Gegen dieses fachlich und handwerklich schlecht gemachte Gesetz müssen alle legalen Möglichkeiten ausgeschöpft werden!

Am 21. Februar findet in Nürnberg eine größere Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten und VertreterInnen der öffentlichen Jugendhilfe und Politik statt. Ab dem 21. Februar soll eine Aktionswoche der bayerischen Kitas laufen, wo wir diverse Formen der Öffentlichkeitsarbeit praktizieren werden.

Näheres dazu auf der Homepage: www.aktion-kbq.de

Impressum:

ISSN 0011-8311

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5440810 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • e-mail: info@bayern.gew.de • www.bayern.gew.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Heimeranstr. 58, 80339 München oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar • ☎ 0 89-51 00 91 02 • Fax: 089-5 3894 87

e-mail: Karin.Just@t-online.de und KJ@bayern.gew.de

Redaktionelle MitarbeiterInnen: Verena Escherich, Hannes Henjes, Gele Neubäcker, Inge Poljak, Ute Schmitt, Doro Weniger.

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis (soweit nicht an Ort und Stelle berücksichtigt): Titel: Karl Zimmermann; Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, e-mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag begriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonates

Ein Jahr nach der Regierungserklärung

Was hat sich am schulischen Alltag von Lehrerinnen und Lehrern geändert?

Ein Jahr nach der Ankündigung weitreichender Veränderungen und Einsparungen an den bayerischen Schulen ist es Zeit für eine erste Bilanz. Gele Neubäcker hat für die DDS ein Gespräch mit KollegInnen unterschiedlicher Schularten geführt. Leider musste die Kollegin, die von den Erfahrungen in den Realschulen berichten wollte, sehr kurzfristig absagen. Deshalb konnten wir für sie keine Vertretung organisieren. Wir hoffen demnächst auf einen eigenen Artikel zur Situation an den Realschulen.

HANNA POHARNOK: Ich arbeite an einem Gymnasium in München, bin seit meinen 30er-Jahren in der GEW und seit ca. zehn Jahren in der Fachgruppe Gymnasien aktiv.



JOE LAMMERS: Ich bin gelernter Automechaniker und habe Metalltechnik und Mathematik für das Lehramt an beruflichen Schulen studiert. Seit 1989 arbeite ich an einer Berufsschule in München und bin von der IG Metall zur GEW übergetreten. Ich bin Mitglied in der Personalvertretung der Landeshauptstadt München und des Landesvorstands der GEW Bayern.



SIGRID KOSKA: Ich bin Konrektorin an einer Grundschule und unterrichte an dieser Schule seit zehn Jahren die Stufen 1 und 2 in Teilzeit, weil ich das sonst gar nicht schaffen würde. Im Landkreis Ebersberg bin ich stellvertretende GEW-Vorsitzende.



GABI GABLER: Ich bin Förderschullehrerin und Vorsitzende der Landesfachgruppe sonderpädagogische Berufe der GEW Bayern. Außerdem bin ich Mitglied im Hauptpersonalrat am Kultusministerium. In diesem Jahr bin ich Klassenlehrerin einer vierten Klasse an einer Förderschule für Körperbehinderte.



GELE NEUBÄCKER: Ich bin ausgebildete Volksschullehrerin und Diplompädagogin und stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern. Wie Gabi Gabler bin ich Mitglied im Hauptpersonalrat. An einer Grund- und Teilhauptschule gebe ich Förderunterricht für Kinder mit LRS und bin als Beratungslehrerin für mehrere Schulen tätig



Arbeitszeiterhöhung

GELE NEUBÄCKER: Gut ein Jahr ist nach Stoibers Regierungserklärung vergangen, genug Zeit also, für eine erste Einschätzung, wie sich die angekündigten Veränderungen auf den Schulalltag auswirken. Die gravierendste (Spar-) Maßnahme ist die Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit um eine Wochenstunde an allen Schularten. Die externe Evaluation aller Schulen, die Ausweitung der Orientierungsarbeiten an den Grundschulen und der Jahrgangsstufentests an den weiterführenden Schulen wurden angekündigt. Sehr definitiv wurde von der Präsenzpflcht der Lehrerinnen und Lehrer an zwei Nachmittagen gesprochen. Die Streichung von einem Drittel aller Verwaltungsanweisungen wurde in Aussicht gestellt, ebenso die »Verschlankung« der Schulverwaltung auf drei Stufen. Auch von der Ausweitung der Ganztagsklassen auf alle Schularten war die Rede. Was hat sich in dieser Hinsicht tatsächlich an euren Schulen getan?

HANNA POHARNOK: Bei uns am Gymnasium bedeutet die Arbeitszeiterhöhung sehr häufig, dass man mehr Klassen bekommt, in Englisch und Geschichte zum Beispiel. Englisch ist drei- bis fünfstündig, Geschichte ist zweistündig. Eine Stunde mehr kann heißen, dass jemand statt einer fünfstündigen Klasse zwei dreistündige bekommt. Dazu kommt noch, dass zweistündige Klassen oft höhere Klassenstufen bedeutet, also oft auch noch mehr Korrekturen und Arbeitsaufwand.

JOE LAMMERS: Bei uns wird die Arbeitszeiterhöhung als großes Ärgernis empfunden. Letztendlich ist es jedoch so, dass das Berufsethos der meisten Kolleginnen und Kollegen dazu führt, zu sagen: Ich halte diese Stunde jetzt auch noch, ich nehm die genau so ernst wie die anderen auch, ich mache keinen Dienst nach Vorschrift, ich versuche nicht, mich zu drücken oder mich dem zu entziehen. Sie sagen, ihr Berufsethos verbiete es ihnen, die Arbeitszeiterhöhung an ihren Schülern auszulassen. Unsere unterschiedliche wöchentliche Stundenzahl (bedingt durch Tages- und Blockunterricht) führt dazu, dass einige Kolleginnen und Kollegen 32 oder 33 Wochenstunden zu halten haben. Das ist weder für Lehrkräfte noch für Schülerinnen und Schüler sinnvoll, denn da ist es einfach nicht mehr möglich, qualitativ hochwertigen Unterricht zu halten. Außerdem sind wir zeitlich nicht mehr in der Lage, ausfallenden Unterricht aufzufangen.

Über die beiden Präsenznachmittage lächeln die Berufsschullehrer, weil dies bei uns längst selbstverständlich ist. Manchmal gibt es so ein Auseinandertdividieren von Berufsgruppen, wenn es z. B. um vermeintliche Privilegien an den Gymnasien geht. Das müssen wir dann wieder zurückholen

und sagen: Ja, aber dafür haben wir auch einen unterschiedlichen Aufwand. Zwei Schulaufgaben im Jahr sind nichts, verglichen mit den vielen Aufsätzen, die ihr am Gymnasium schreibt.

SIGRID KOSKA: Im Grundschulbereich arbeiten ja sehr viele Lehrkräfte Teilzeit, die auf Grund der Arbeitszeiterhöhung nun einfach weniger verdienen. Wer sich das nicht leisten kann, muss mehr arbeiten. Wer eine »normale« Vollzeitstelle hat, unterrichtet 29 oder 30 Stunden. Zum Stichwort »extreme Evaluation«: Bei uns im Landkreis stellte sich die Frage, welche Schule sich beteiligt. Da haben wir gesagt: Nicht schon wieder so etwas! Es kommt ja sowieso alle 14 Tage etwas Neues auf uns zu, das mit zusätzlichen Terminen und zusätzlicher Arbeit verbunden ist. Bei uns im Kollegium herrscht die Meinung vor: Ich kann nicht mehr, ich mag nicht mehr, es wird mir zu viel. Was die Nachmittagspräsenz betrifft: Die jüngeren Kolleginnen mit kleinen Kindern arbeiten natürlich bevorzugt zu Hause. Ich arbeite lieber in der Schule, und wenn ich nur zwei Nachmittage dort verbringen müsste, wäre ich froh!

GABI GABLER: Das ist es, was ich oft höre, dass viele sagen: Ich wäre froh, wenn ich nur 42 Stunden in der Woche arbeiten könnte!

Bei uns gab es bereits eine Schulverwaltungsreform. Wir haben eine Ebene abgegeben, indem die ehemaligen Regionalschulräte zu Fachkräften auf Regierungsebene wurden. Ich persönlich vermisse sie gar nicht und ich meine, wenn Sparmaßnahmen sein müssen, dann sind sie hier am leichtesten zu verkraften.

Wir haben ein ziemlich junges Kollegium; fast alle müssen eine Stunde mehr geben. Wir haben zwar viele Stunden, aber – wie es in der Regierung immer heißt: Uns fehlen die Köpfe. An unserer Schule gibt es aus organisatorischen Gründen partout keinen Nachmittagsunterricht, und wir können die Stunden an den Vormittagen kaum leisten. Ich glaube, auch an den Förderschulen regelt sich vieles über Teilzeit, denn eine wirklich volle Stelle kann man in vielen Bereichen der Förderschulen physisch und psychisch kaum aushalten. Insofern

ist die Arbeitszeiterhöhung eine ganz gute Sparmaßnahme für die Behörde.

Zu meiner persönlichen Biografie: Ich habe mit 24 Stunden angefangen, denn damals gab es die sog. Anrechnungstunden, z. B. in einer »Mehrfachbehindertenklasse«. Das wurde nach oben »harmonisiert« mit allen Sonderschullehrerinnen und -lehrern. Mit Arbeitszeitkonto und Arbeitszeiterhöhung sind das vier Unterrichtsstunden mehr.

Tests, Tests, Tests

GELE NEUBÄCKER: Zum Stichwort »Nicht schon wieder etwas Neues«: Auch am Gymnasium gibt es jetzt Jahrgangsstufentests in zwei Jahrgangsstufen.

HANNA POHARNOK: Es ist so, dass da recht unterschiedliche Reaktionen kommen, u. a. weil die Tests zu Schuljahresbeginn kommen. Die Mathematiklehrer sagen z. B., da wird Grundwissen geprüft, das ohne weiteres am Anfang eines Jahres geprüft werden kann. Die Deutschlehrer haben festgestellt, dass die Aufgabenstellung viel zu abstrakt war, was zu schlechten Ergebnissen führte. In Englisch macht so ein Test zu Schuljahresbeginn überhaupt keinen Sinn, da die Schülerinnen und Schüler in den Ferien zu sehr aus den Fremdsprachen rausfallen. Da müssen sie erst wieder reinkommen. Es ist verständlich, dass das Ergebnis des Tests in die Notengebung einfließt. Warum auch nicht, wenn man sich schon die Korrekturarbeit macht? Aber wenn die dann schlecht ausfallen, dann ist das gleich ein Nasenstüber zu Jahresbeginn, der bei den SchülerInnen der unteren Jahrgangsstufen schlecht ankommt.

GELE NEUBÄCKER: Ein Hauptschulkollege hat mit seiner Klasse die Teilnahme an den Jahrgangsstufentests verweigert mit der gleichen Begründung, dass Tests am Schuljahresanfang erfahrungsgemäß schlecht ausfallen. Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer werden demotiviert. Bei schlechten Ergebnissen folgen keinerlei Konsequenzen: Es gibt weder eine zusätzliche Förderstunde noch sonstige gezielte Hilfen.

In der Grundschule finden die sog. Orientierungsarbeiten gegen Ende des Schuljahres statt. Ist dies sinnvoller?

SIGRID KOSKA: Bei uns gibt es keine Noten und die Kinder sehen ihre korrigierten Arbeiten nicht mehr. Lediglich die Eltern können sie auf Wunsch einsehen. Sie erfahren dann den Landesdurchschnitt und das Ergebnis des eigenen Kindes.

Ich meine, solange es wirklich um Grundwissen geht, könnten solche Tests ganz nützlich sein. Nur lernt kein Kind allein dadurch mehr, dass so eine Arbeit geschrieben wird.

Das Problem ist auch in der Grundschule die fehlende Förderung für Kinder, die schlecht abschneiden. Gäbe es zusätzliche Stunden, z. B. für Differenzierung und Förderung, dann hätte sich wahrscheinlich noch niemand beschwert.



HANNA POHARNOK: Und wenn man wirklich eine Vergleichbarkeit will, dann soll man, wie es in anderen Ländern geschieht, ein externes Gremium beauftragen.

GABI GABLER: Ja, und daraus dann die Konsequenzen ziehen und sagen, ihr habt da ein Defizit oder einen Bedarf, und den erfüllen wir euch jetzt.

HANNA POHARNOK: Dann hätten wir auch allgemein eine Rückmeldung, welche Rolle die Schullandschaft spielt oder auf welche Art und Weise gelernt wird und was bundes- oder landesweit zu ändern ist.

Unterrichtsausfall

GELE NEUBÄCKER: Entgegen den Aussagen der Kultusministerin im September haben wir es in diesem Schuljahr an allen Schularten mit exorbitantem Unterrichtsausfall zu tun. Bei unvertretbar großen Klassen an Realschulen und Gymnasien kann der Pflichtunterricht nicht abgedeckt werden, Lehrerinnen und Lehrer unterrichten fachfremd, Zusatzangebote wurden gestrichen. Hauptschulen mussten sich entscheiden, ob sie das neue Fach Arbeitslehre in der 5. Klasse einführen oder ob sie diese Stunde als Förderstunde nutzen.

HANNA POHARNOK: Der erhöhte Bedarf an Stunden und die Intensivierungsstunden haben dazu geführt, dass die »mobile Reserve« erschöpft ist. An meiner Schule ist eine Kollegin verunglückt und fällt wochenlang aus. Dies bedeutet, dass ein Kollege, der in Altersteilzeit ist, jetzt zehn Stunden zusätzlich unterrichtet, und ich vier. Vielleicht hätten wir uns weigern können. Aus Solidarität macht man das natürlich nicht. Das Beispiel zeigt, dass keine Kapazitäten mehr da sind. Es muss sogar Pflichtunterricht ausfallen.

JOE LAMMERS: Wir machen grundsätzlich Vertretung, es fällt kein Unterricht aus. Wer Vertretung macht, erhält Mehrarbeitsvergütung. Mir war bisher nicht klar, dass dies an anderen Schulen oft nicht üblich ist. Bisher gab es bei uns keine Probleme mit der Unterrichtsversorgung. Nach der Arbeitszeiterhöhung haben wir geglaubt, wir hätten einen Überhang. Das hat sich jedoch ins Gegenteil verkehrt: Wir brauchen mehr Lehrkräfte, bekommen diese aber nicht. Erste Anträge auf Beurlaubungen werden bereits abgelehnt. Noch gibt es bei uns Ersatz bei längerfristigen Erkrankungen. Schwieriger ist bei uns die Vertretung bei Prüfungstätigkeiten und Fortbildungen. Uns reichen die zwölf Tage in vier Jahren nicht aus. Diesen Unterricht aufzufangen, das ist eher das Problem bei uns.

SIGRID KOSKA: An vielen Grundschulen wird penibel darauf geachtet, dass niemand vier oder mehr Vertretungsstunden pro Monat hat, denn das wäre ja zu bezahlende

Mehrarbeit. Andererseits wird aber genau so penibel darauf geachtet, dass kein Unterricht ausfällt. Die Kinder werden dann eben auf andere Klassen aufgeteilt.

GABI GABLER: Auch bei uns werden Klassen aufgeteilt. Dadurch, dass die Arbeitssituation an Förderschulen oft doch sehr intensiv ist, gibt es, subjektiv wahrgenommen, doch eine ziemlich hohe Krankheitsrate. Da die »mobile Reserve« immer sehr schnell vergriffen ist, werden die Klassen eben aufgeteilt.

G 8 – Kaltstart ohne Konzept?

GELE NEUBÄCKER: Damit schließen wir die erste Runde, um in einer zweiten auf einige schulartspezifische Neuerungen einzugehen. An erster Stelle ist hier die Einführung des achtjährigen Gymnasiums zu nennen. Der Run aufs Gymnasium ist entgegen manchen Befürchtungen (oder auch Hoffnungen?) ungebrochen. 3000 Schülerinnen und

Schüler mehr als die Prognosen vorausgesagt haben, neuer Lehrplan, neue Prüfungsformen, Vorücken auf Probe, mehr Unterricht für Schülerinnen und Schüler, Mittagsbetreuung, Intensivierungsstunden...



HANNA POHARNOK: Ich glaube, man kann für und gegen das G 8 Argumente finden. Auch innerhalb der GEW sind viele der Meinung, dass junge Menschen, die bereits Wahlrecht und Führerschein haben, nicht mehr unbedingt die Schulbank drücken sollen. Und man hört auch immer wieder von Eltern, dass junge Leute mehrmals in der Woche jobben, um ihre teuren Bedürfnisse befriedigen zu können. Da scheinen dann noch Kapazitäten frei zu sein. Ich kann das noch nicht beurteilen, wie die Schüler damit zu Rande kommen. Eins ist jedoch sicher: Der Lernstoff, der radikal gekürzt werden sollte, ist mehr oder weniger gleich geblieben. In den Fremdsprachen z. B. kann man nicht wesentlich kürzen, man braucht eben das Handwerkszeug, um die Sprache zu sprechen. Wenn dann im Lehrplan steht, das Futur mit »going to« muss man nur noch rezeptiv lernen,

und nicht mehr aktiv, dann soll das ein ganz wesentlicher Vorschlag sein. Da kann ich nur lachen!

Die Raumnot ist jetzt schon katastrophal. Kellerräume müssen genutzt und anderswo Räume angemietet werden. Es ist uns allen völlig schleierhaft, wie das in den nächsten Jahren aussehen soll, wenn in der Mittelstufe bis zu sechs Stunden dazu kommen. Besonders schmerzlich trifft es uns, wenn das, was ein Schulprofil ganz entscheidend ausmacht, das Unverwechselbare einer Schule, Zusatzangebote, Wahlkurse usw. fast ganz zum Erliegen kommt, weil zu wenig Lehrkräfte da sind, keine Zeit oder kein Raum vorhanden ist. An unserer Schule sind immer mehr Schülerinnen und

Schüler für drei Monate, ein halbes oder auch ein ganzes



Jahr ins Ausland gegangen. Das sind unschätzbare Erfahrungen, die die jungen Leute machten, eine Weltgewandtheit, die sie im Alltagsschulleben nicht erwerben können, weil ja der Selbstständigkeit und dem persönlichen Auftreten, zu dem auch die Fähigkeit gehört, Ergebnisse überzeugend zu präsentieren, im Unterricht nicht immer der angemessene Stellenwert beigemessen wird. Man merkt, wie die jungen Leute, die im Ausland waren, ganz anders auftreten. Dafür wird nun keine Zeit mehr bleiben.

Was Sigrid vorhin sagte, kann ich nur bestätigen. Als es darum ging, sich zur Organisation der Intensivierungsstunden zusammen zu setzen, habe ich nur solche Reaktionen gehört: Nein, nicht schon wieder! Es gibt nur noch Sitzungen! Wenn es dann wirklich wichtig wäre, wie in diesem Fall, findet nichts mehr statt, weil die KollegInnen es langsam satt haben.

Wenn die Intensivierungsstunden wirklich ernst gemeint sind, ist Zusammenarbeit erforderlich. Und wenn die Einführung des G 8 eh schon Geld kostet, dann soll man halt Teamstunden einplanen, so dass die Lehrkräfte sehen, es ist ein Wille da, um Bedingungen zu schaffen, unter denen man zusammen arbeiten kann.

GELE NEUBÄCKER: Im Vorfeld hieß es, viele Gymnasien werden sich für das Sieben-Stunden-Modell entscheiden: sieben Unterrichtsstunden am Vormittag, um die Probleme mit der Mittagsbetreuung und dem Nachmittagsunterricht zu umgehen. Wie sind da die Erfahrungen?

HANNA POHARNOK: Da habe ich bisher nur wenige Rückmeldungen bekommen. Es gibt Schulen, die eine Mittagspause eingeführt haben, 20 Minuten oder 50 Minuten. Es gibt auch Schulen mit einer Stunde Mittagspause und andere ohne.

GABI GABLER: Als Mutter eines Gymnasiasten kann ich ergänzen, dass es teilweise unmenschlich ist, wie man mit den Kindern umgeht. So nach dem Motto: Mittags werden sie schon irgend etwas tun, nachmittags haben sie dann wieder Unterricht und vielleicht verkauft der Hausmeister Wurstsemmeln. Sie können sich ja in den Fluren vergnügen. Es ist ja nichts vorgesehen, außer vielleicht, dass Lehrkräfte Aufsicht haben. Ein kind- oder jugendlichemgemäßes Konzept fehlt. Ich glaube, dass da auf die Gymnasien noch große Probleme zukommen werden.

JOE LAMMERS: Ich kann von drei städtischen Gymnasien in München berichten. Die haben sich entschlossen, eine vernünftige Mittagspause einzurichten und ein Mittagessen anzubieten. Die Kolleginnen und Kollegen dort sind ganz froh, diesen Weg gegangen zu sein. Sie kommen dann selbst auch eher zur Ruhe, können eine ausreichende Pause machen, lernen sich im Kollegium besser kennen und können sich auf den Nachmittag einstellen. Sie empfinden es auch als Bereicherung, in den Intensivierungsstunden zu zweit zusammen zu arbeiten.

HANNA POHARNOK: Die Zusammenarbeit ist sehr unterschiedlich. Wir sind noch in einer Probephase. Es gibt Leute, die sagen, man kann sich noch nicht festlegen, wenn man es nicht mal ausprobiert hat. Ich fände es begrüßenswert, wenn sich von Anfang an Teams bilden könnten.

Bei der Mittagsbetreuung sehe ich einfach das Problem mit den Räumlichkeiten. Soweit ich weiß, wären fünf Vormittagsstunden und dann eine größere Pause und dann noch mal Unterricht am Nachmittag optimal. Was ich aber kenne, sind sechs Vormittagsstunden, Pause, und dann Nachmittagsunterricht.

GELE NEUBÄCKER: Das klingt so, als hätten einige Schulen das Beste aus der übereilten Einführung des G 8 gemacht, während andere noch kein Konzept haben!

HANNA POHARNOK: Ich kann beides nachvollziehen. Ich kann verstehen, dass KollegInnen sagen, da wird einfach beschlossen, und wir müssen schauen, wie wir über die Runden kommen – das geht nicht! Es ist Aufgabe des Kultusministeriums, das zu regeln. Genauso kann ich verstehen, wenn KollegInnen sagen, es ist eh nicht mehr abzu-

wenden, dann wollen wir wenigstens die Nase vorn haben und wirklich das Beste draus machen. Es gibt ja auch Aspekte der Neuerungen – von den Intensivierungsstunden bis zu alternativen Unterrichtsformen –, die positiv sind.

Verschiebbahnhof Kompetenzzentren

GELE NEUBÄCKER: So viel zum Gymnasium. Ich glaube, an den beruflichen Schulen hat eine Umstrukturierung stattgefunden, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden ist. Das Konzept der »Lernfelder« wurde umgesetzt und bayernweit wurden »Kompetenzzentren« gegründet.

JOE LAMMERS: Das sind zwei Dinge. Das eine ist eine Verwaltungsvereinfachung. Es gibt inzwischen bundeseinheitliche Rahmenlehrpläne. Früher sind die Länder noch hergegangen und haben einzelne Lehrpläne daraus gemacht. Das ist Vergangenheit. Man ist von bis ins letzte Detail ausgearbeiteten Lehrplänen abgekommen und überlässt jetzt den einzelnen Schulen in Kooperation mit ihren jeweiligen dualen Partnern die Ausgestaltung der Rahmenpläne. Ein Teil des Kollegiums empfindet es als eine Befreiung, so unterrichten zu können, wie man es für angemessen hält, natürlich in Absprache mit den Betrieben und dem Kollegium und entlang der technischen Neuerungen. Ein anderer Teil des Kollegiums empfindet es als großen Nachteil, nicht mehr vom Ministerium gesagt zu bekommen, was zu unterrichten ist. Dies führte zu einer gewissen Unsicherheit in den Kollegien, die aber inzwischen immer mehr zu einer Aufbruchstimmung wird: Wir machen etwas Neues und wir gestalten unsere eigenen Arbeitsbedingungen mit!

Ein großes Problem ist, dass diese Lernfeldkonzepte mit der Einrichtung von Kompetenzzentren verbunden werden. Kompetenzzentren sind größere Einheiten, in denen fachliche Kompetenzen angesiedelt werden. Dieses geht in einem Flächenstaat wie Bayern schlicht und einfach nicht, denn es führt dazu, dass der eine von Amberg nach Schwabmünchen fahren muss und ein anderer von Freilassing nach Traunstein pendelt.

Und bei den Landräten, die in der Regel die Sachaufwandsträger sind, wird geschachert nach dem Motto: Gibst du mir deine Kaufleute, geb ich dir meine Friseur. Es geht immer darum, möglichst »billige« Berufe zu bekommen.

GELE NEUBÄCKER: Und die Schreiner will niemand!

JOE LAMMERS: Die Schreiner will niemand und die Metallverarbeiter erst recht nicht und wen man überhaupt nicht will, das sind die Lackierer und Anstreicher, denn die brauchen Absauganlagen und recht große und teure Bauten.

Problem Einschulung

GELE NEUBÄCKER: Die Einführung der neuen Grundschulzeugnisse wurde noch einmal vertagt, weil weder Fort-

bildung noch technische Voraussetzungen ausreichen und die Akzeptanz gering war. (vgl. Seite 9 dieser DDS).

Seit der letzten »großen« EUG-Änderung sollen mehr Kinder die Grundschule besuchen, anstatt auf die Förderschulen geschickt zu werden. Grundsätzlich sind zunächst alle Kinder an der Grundschule einzuschreiben. Was hat sich an den Schulen dadurch verändert?

SIGRID KOSKA: Was die Einschulung betrifft, ist der »schwarze Peter« wieder bei den Grundschulen. Diese müssen dann rechtzeitig mitteilen, welche Kinder sie nicht behalten können und wohin diese dann gehen sollen. Da sollen wir in ganz kurzer Zeit beurteilen, wie sich ein Kind entwickeln wird.

GABI GABLER: Die Einschulungspraxis, die nach und nach immer jüngere Kinder erfassen soll, hat keine pädagogische Substanz. Das ist nur so ein Sparprogramm, bei dem man vielleicht auch an den Kindergärten sparen will. Jedenfalls ist es nicht so, dass man dadurch den Eingangsklassen irgendwelche pädagogischen Segnungen zukommen ließe.

SIGRID KOSKA: Nein, es ist sogar so, dass es z. B. in den Klassenzimmern viel zu eng ist. Natürlich können auch Fünfjährige vieles von dem lernen, was in der ersten Klasse vermittelt wird. Voraussetzung ist aber, dass sie in einer kleineren Gruppe mit viel Platz und viel Bewegung lernen können.



GELE NEUBÄCKER: Jetzt möchte ich noch in eine dritte und letzte Runde starten. Frau Hohlmeier sagte im September, das hervorragende Abschneiden der bayerischen Schulen bei internationalen Vergleichen – so hat sie es wirklich gesagt – reiche uns nicht, wir wollen noch besser werden.

Sie meint: bessere Förderung in der Grundschule durch neue Zeugnisse. Sie meint: bessere Nutzung der frühkindlichen »Bildungsfenster« durch frühere Einschulung. Sie meint: bessere Ergebnisse der Hauptschulen durch einen

neuen Lehrplan. Sie meint: bessere Unterrichtsqualität durch externe Evaluation, durch Orientierungsarbeiten und Jahrgangsstufentests. Sie meint: früherer Berufseintritt und damit bessere Chancen in unserer globalisierten Welt durch Verkürzung des Gymnasiums. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

In unserem Gespräch gab es einen Konsens: All die genannten Maßnahmen an sich bewirken wenig bis überhaupt nichts, wenn nicht Bedingungen geschaffen werden, unter denen Lehren und Lernen wirklich gelingen kann.

Und nun meine letzte Frage an euch: Stellt euch vor, die berühmte gute Fee kommt und sagt, ihr dürft eine Schulreform durchführen. Welche würdet ihr spontan wählen? Was wäre für euch das Wichtigste?

Wünschen darf man sich ja mal was!

HANNA POHARNOK: In Stundenplan und Stundenbudget integrierte Teamstunden.

GABI GABLER: Ich würde sofort alle Schularten zu einer einzigen umändern und würde die personellen, materiellen und sonstigen Ressourcen inklusive der Ausbildung so gestalten, dass sie dieser Schule und den Kindern gerecht werden. Ich würde die Wertschätzung von Heterogenität und den kreativen Umgang mit ihr als oberstes Bildungsgut deklarieren.

HANNA POHARNOK: Noch ein Zusatz: Eine Teamstunde zur Zusammenarbeit und eine Klassleiterstunde für soziales Lernen, die nicht für Fachunterricht verwendet werden darf.

SIGRID KOSKA: Ich würde die Geldströme anders verteilen und würde den Kindergärten und den Grundschulen den größten Batzen geben, weil da die Grundlagen gelegt werden. Das heißt: zwei Lehrkräfte pro Klasse oder wenigstens AssistentInnen in jeder Klasse. Wer am Anfang durch das Raster fällt, fällt später unter Umständen der Polizei und der Gerichtsbarkeit zur Last. Diejenigen, die an weiterführenden Schulen sind, sollten bis dahin das Lernen gelernt haben und brauchen dann nicht mehr so viel.

JOE LAMMERS: Mir geht es auch ums Geld. Ich hätte gerne eine autonomere Schule, die eher in der Lage ist, das ihr zugewiesene Budget zu verwalten. Sehr wohl im gesellschaftlichen und staatlichen Auftrag, aber wesentlich autonomer. Den Sachverstand dazu haben wir.

GELE NEUBÄCKER:
Ich danke euch herzlich für dieses Gespräch!



Girls' Day **Mädchen-Zukunftstag**

Der Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag – findet in diesem Jahr am **28. April** statt. In manchen Landkreisen, Gemeinden und Städten gibt es dazu schon Arbeitskreise, über die besonders die Gleichstellungsbeauftragten informiert sind.

Die bundesweite Koordinierungsstelle »Projekt Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag« ist für nähere Informationen unter der Telefonnummer 05 21/1 06 73 57 oder im Internet unter <http://www.girls-day.de> zu erreichen.

An diesem Tag erfahren Mädchen mehr über die Arbeitswelt und ihre Fähigkeiten, schnuppern bei Betriebserkundungen und Mitmachaktionen in die unterschiedlichsten Berufsfelder hinein und informieren sich über Praktikums- und Ausbildungsplätze.

In Laboren, Büros und Werkstätten wird den Mädchen anhand von praktischen Beispielen gezeigt, wie interessant und spannend die Arbeit einer Ingenieurin, einer Biophysikerin oder einer Informatik- und Elektroniktechnikerin sein kann. Mädchen erstellen eigene kleine Werkstücke, programmieren Internetseiten oder bauen Solarzellen. Sie experimentieren im Labor, lernen Frauen in Führungspositionen, Personalverantwortliche und Auszubildende kennen.

In persönlichen Gesprächen mit Beschäftigten erweitern Schülerinnen ihren Erfahrungs- und Orientierungshorizont für die zukünftige Praktikums-, Ausbildungs- und Studienfachwahl.

- Mädchen lernen gezielt und praxisnah eine Vielzahl von Berufen kennen, bauen eventuelle Vorbehalte gegenüber technischen und techniknahen Berufen ab und können Berufspraxis hautnah miterleben.
- Eltern erhalten eine gute Gelegenheit, den Prozess der Berufswahl ihrer Töchter zu begleiten. Der Girls' Day ist ein Anknüpfungspunkt, den Berufsfindungsprozess innerhalb der Familie zu thematisieren und aktuelle Informationen zu verschiedenen Berufsbildern einzubeziehen.
- Schulen knüpfen über den Mädchen-Zukunftstag wertvolle Kontakte zu Unternehmen und Betrieben in der Region. Lehrerinnen und Lehrer gewinnen ein spannendes Thema für den Unterricht sowie für Projekte zur Berufsorientierung und Lebensplanung von Klasse 5 bis 10.

Der Landesfrauenausschuss der GEW Bayern widmet sich dem Thema Girls' Day 2005 auf einer Veranstaltung am 26.02.05 in Nürnberg, von 10.30 - 15.30 Uhr.

Der Tagungsort steht noch nicht fest, kann aber erfragt werden unter:
Tel. 09 41-79 36 95 oder GEW21972@aol.com
oder in der Landesgeschäftsstelle: 0 89-5 44 08 10 bzw. info@bayern.gew.de
weitere TOPs: Frauenpolitik der GEW Bayern
Neuwahlen des Vorstandsteams

Gut gemeint - aber weniger gut gemacht?

Intensivierungsstunden am G 8

»Intensivierungsstunden sind besondere Stunden für die individuellere Förderung der Schüler in kleineren Lerngruppen. Diese Stunden sind in der Regel den Kernfächern zugeordnet, dienen dabei aber nicht der Vermittlung von Lehrplaninhalten. Vielmehr sollen sie den individuellen Lernprozess durch gezieltes Üben, Wiederholen und Vertiefen unterstützen. Zudem bieten sie die Möglichkeit, auch die Potenziale von besonders Begabten zielgerichteter zu fördern.«

Soweit das Zitat der kultusministeriellen Informationsbroschüre zum achtjährigen Gymnasium (www.g8-in-bayern.de). Das ist zweifellos eine lobenswerte Idee, die für sich betrachtet nicht kritisiert werden soll.

In den Jahrgangstufen 5 und 6 stehen dafür drei Wochenstunden zur Verfügung, für die höheren Jahrgangsstufen noch jeweils zwei Wochenstunden. In Klasse 5 bedeutet das in der Regel je eine Intensivierungsstunde für Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache. In Klasse 6 kommt bereits die zweite Fremdsprache hinzu, so dass sich die vier Kernfächer mit drei Intensivierungsstunden begnügen müssen. Die Verteilung kann jedes Gymnasium in eigener Regie regeln.

Zu große Gruppen ...

Für jede Intensivierungsstunde stehen einer Schule zwei Lehrerstunden zur Verfügung. In der Regel wird also die Klasse geteilt und die eine Hälfte hat »Intensivierung Englisch«, während die andere Hälfte »Intensivierung Mathematik« hat. Bei einer durchschnittlichen Klassenstärke von 29 SchülerInnen, ergibt eine Zweiteilung allerdings immer noch Gruppen mit je 14 - 15 SchülerInnen. Das ist zwar eine kleine Klasse, aber keinesfalls eine kleine Gruppe. Die Sprechweise des Ministeriums »Aufteilung in Gruppen« erweckt hier sicherlich nicht ganz zufällig einen falschen Eindruck. Selbstverständlich kann die Lehrkraft in einer halben Klasse individueller fördern als bei den derzeitigen großen Klassenstärken.

Methodisch bietet es sich an, den SchülerInnen Freiarbeitsmaterial zum selbstständigen Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise können alle SchülerInnen individuell üben und wiederholen. Die leistungsstärkeren SchülerInnen können die Lerninhalte entweder mit besonderen Aufgaben vertiefen oder sie helfen ihren MitschülerInnen und erwerben sich auf diese Weise ebenfalls wichtige Kompetenzen. Wenn das Freiarbeitsmaterial gut und ausreichend



Foto: David Ausserhofer

ist, hat die Lehrkraft Zeit, sich tatsächlich der individuellen Förderung Einzelner zu widmen. Die Erstellung geeigneter Freiarbeitsmaterialien kostet jedoch sehr viel Zeit und es wird wohl einige Jahre dauern, bis hier in allen Fächern der wünschenswerte Standard erreicht ist. Selbst Gymnasien, die bisher schon viel Freiarbeit gemacht haben, müssen zum Teil von vorne anfangen, weil mit dem G 8 auch die Lehrpläne und die Lehrbücher neu sind. Und gutes Freiarbeitsmaterial muss sehr genau darauf abgestimmt sein.

Allerdings spricht nichts dagegen, eben dieses Freiarbeitsmaterial auch in den normalen Kernfachstunden mit ungeteilten Klassen einzusetzen, so wie bisher auch schon an vielen Gymnasien üblich. Die Intensivierungsstunden könnten somit dazu beitragen, die Weiterentwicklung der Unterrichtsmethodik zu beschleunigen.

... und meistens die falsche Zeit

Leider mussten die Intensivierungsstunden an vielen Gymnasien auf den Nachmittag gelegt werden. Obwohl pädagogisch einiges dafür spricht, diese intensive Übungszeit möglichst früh am Schultag zu platzieren, erlauben die organisatorischen Rahmenbedingungen dies oft nicht. Es sind vor allem das Raumproblem für die geteilten Klassen und das stundenplantechnische Problem der Kopplung zweier Lehrerstunden.

von Wolfram Thom

Lehrer am Gymnasium in Donauwörth
Näheres unter: www.wolfram-thom.de



Schnellschuss G 8

Das achtjährige Gymnasium ist angelaufen, doch die bayerische Staatsregierung sieht immer noch über die schwerwiegenden Probleme hinweg

Zu viele Stunden

Es ging schnell, es ging schief. Die bayerische Staatsregierung wollte SchülerInnen international konkurrenzfähig machen und dem Drängen der Wirtschaft folgen, der die AbsolventInnen zu alt erschienen. Ein Jahr nach der Verkündung der Schulzeitverkürzung hakt und knarzt es in den bayerischen Schulen an allen Ecken und Enden, denn seit Beginn des Schuljahres 2004/2005 haben sich die Befürchtungen der LandeschülerInnenvertretung Bayern (LSV) und vieler anderer Kritikerinnen und Kritiker bestätigt: Die Gymnasien in Bayern sind mit der überstürzten Schulzeitverkürzung überfordert. Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums sorgt dafür, dass Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen mit einer viel zu hohen Wochenstundenzahl konfrontiert sind. Sie müssen ihre außerschulischen sportlichen und künstlerischen Aktivitäten vernachlässigen und können sich kaum weiteren persönlichkeitsbildenden Projekten widmen.

Zu wenig Räume

Teilweise halten sich Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klassen bis 16 Uhr in der Schule auf und müssen anschließend noch ihre Hausaufgaben bewältigen. Zusätzlich dazu verringern Raummangel und Sparmaßnahmen die Freude am Lernen gewaltig. Kann man Schülerinnen und Schülern im Alter von 10 und 11 Jahren einen solch langen

den sitzen und sich von Fast Food und Cola ernähren, ist erschreckend, doch dies ist an vielen Gymnasien in Bayern der Fall.

Zu wenig LehrerInnen

Auch der Mangel an LehrerInnen hindert viele Schulen daran, einen geregelten Schultag ohne Stundenausfall und ungenutzte Vertretungsstunden durchzuführen. Die Folge ist, dass LehrerInnen den versäumten Stoff schnell wieder aufholen müssen und viele SchülerInnen dabei übergangen werden. Und selbst wenn der Pflichtunterricht erteilt werden kann: Ein zu niedriges LehrerInnenkontingent sorgt für einen Wegfall des vor allem für die Gestaltung des Schulprofils wichtigen Rahmenprogramms. Zusätzliche Projekte wie Musik, Theater, Sport und vieles mehr stehen an immer mehr Schulen auf der Abschussliste und es ist nur eine Frage der Zeit, bis nur noch wenige dieser Wahlkurse existieren werden. Schülerinnen und Schülern wird dadurch die Möglichkeit genommen, Schule über die Grenzen des Unterrichts hinaus zu gestalten. Da sie nun aber einen Großteil ihres Tages in der Schule verbringen, wäre es vielmehr notwendig, die Schulen für den ganztägigen Aufenthalt umzugestalten.

Zu wenig Mitbestimmung

Doch auch hier hapert es in Bayern gewaltig: Die Mittel aus dem Ganztagschulprogramm der Bundesregierung werden zweckentfremdet. Nach einer Umfrage der LSV unter den bayerischen Schulen, die Geld aus dem Ganztagschulprogramm abgerufen haben, wissen weniger als ein Drittel der SchülersprecherInnen davon, dass ihre Schulen Ganztagschulen werden. Wie kann eine Ganztagschule funktionieren, wenn noch nicht einmal die SchülerInnen in die Planungen mit einbezogen werden?

Das bayerische Schulsystem ist an einem Punkt angelangt, an dem eine vollkommene Umstellung erforderlich ist, um unsere Schulen wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Es ist daher notwendig, dass sich SchülerInnen und Eltern gemeinsam für Verbesserungen einsetzen. Die LSV wird weiterhin für die Rechte der Schülerinnen und Schüler in der Öffentlichkeit eintreten.



Foto: David Ausserhofer

Aufenthalt in der Schule zumuten, wo es an Räumlichkeiten für Essensausgabe, Aufenthaltsräumen für Jugendlichen, Kollegstufenzimmern und häufig sogar an Klassen- und Fachräumen fehlt? Der Anblick von Schülerinnen und Schülern, die während der Pausen auf den Gängen am Bo-

von Raphaela Schweiger
Bezirksschülersprecherin in Oberbayern-Ost
im Jahre 2004/2005
und Mitglied
der LandeschülerInnenvertretung Bayern





Foto: David Ausserhofer

Bessere Förderung durch neue Zeugnisse?

Reformmeier und Aktionismus nach PISA machen auch vor den bayerischen Grundschulen nicht Halt, obwohl PISA den 15-Jährigen ein schlechtes Zeugnis ausstellt. Im Vergleich dazu schneiden die deutschen Grundschul Kinder bei der IGLU-Studie recht gut ab – ohne flächendeckende »Output-Kontrolle« und zum Teil ohne Ziffernoten.

Sicher besteht auch und insbesondere an bayerischen Grundschulen Handlungsbedarf. Soziale und regionale Voraussetzungen bei der Einschulung determinieren den späteren Schulerfolg in skandalöser und beschämender Weise. Bei Schulbeginn noch nicht genutzte Bildungschancen werden später nicht ausgeglichen.

Bayern will frühere und gezieltere Förderung der Kinder als Konsequenz aus den PISA-Studien ziehen. Die Reform der Leistungsbewertung sei einer der Schritte, die diesem Ansatz entsprechen, veröffentlichte das KM.

So weit – so gut! Individuelle Förderung aller Kinder im elementaren und im primären Bildungsbereich entspricht unserem Ideal einer humanistischen Pädagogik und auch eine Reform des Beurteilungs- bzw. Bewertungssystems ist aus dieser Sicht zu begrüßen.

Das vorgelegte Konzept muss sich jedoch zwei Fragen stellen: Welchen Beitrag leistet es tatsächlich zur Förderung der Kinder? Und: Welche weiteren Schritte der frühen und gezielten Förderung von Kindern folgen?

Fördern durch beurteilen?

Zur ersten Frage: Die neuen Zeugnisse allein haben zunächst überhaupt nichts mit Förderung zu tun. Verbale Aussagen zusätzlich zu Ziffernoten oder Buchstaben mögen aussagekräftiger als Noten allein sein. Sie erheben den

Anspruch, genauere Informationen über den Leistungsstand eines Kindes zu geben. Allerdings immer nur im Vergleich mit den anderen Kindern der Klasse und verengt auf das gerade (mehr oder weniger zufällig) abgeprüfte Wissen und beobachtete Verhalten. Jedem Kind wird mit jeder Note sein Rangplatz innerhalb seiner Klasse zugewiesen, nicht mehr und nicht weniger. Schulleistungen und Noten sind abhängig von der Art des Unterrichts, von den Lern-, Übungs- und Überprüfungsformen, von der Auswahl der Fragestellungen, von persönlichen und atmosphärischen Bedingungen, von der zur Verfügung stehenden Zeit und von anderem mehr. Dies alles wird nicht berücksichtigt. Dazu kommt: Untersuchungen haben nachgewiesen, dass Lehrerinnen und Lehrer oft ein falsches Bild von Kindern haben, sowohl was den Schriftspracherwerb als auch was die mathematischen Fähigkeiten betrifft.

Selektion statt Förderung

Der Grundschulverband unterscheidet zwei konkurrierende Funktionen der Leistungsbewertung: die Entwicklungsfunktion und die Steuerungsfunktion. Dabei zielt die Entwicklungsfunktion auf die bestmögliche Förderung der Kinder unter Berücksichtigung ihrer individuellen Ressourcen ab. Die Steuerungsfunktion wird dann offenkundig, wenn Ziffernoten vergeben und Eingangsvoraussetzungen definiert werden. Horst Bartzky resümiert: »Pädagogisch fatal ist, dass in dieser Konkurrenz die Entwicklungsfunktion keine Chance hat. Die Steuerungsfunktion schlägt sie immer ... und überwuchert und erstickt im Laufe der Schulzeit alle Bemühungen, der Entwicklungsfunktion zu ihrem Recht zu verhelfen.« Dies gilt auch für die neuen bayerischen Grund-

schulzeugnisse. Differenzierte Aussagen zu Leistungen und Verhalten werden mehr oder weniger schmückendes Beiwerk zu den über Bildungsgänge entscheidenden Noten sein. Die Steuerungsfunktion der Zeugnisse wird durch die Wiedereinführung von Ziffernnoten in Klasse zwei zusätzlich aufgewertet.

Was folgt aus den differenzierten Aussagen?

Zur zweiten Frage: Wenn Zeugnisse selbst keine Förderung bedeuten, können sie zumindest Förderbedarf aufzeigen. Folgt die notwendige Förderung dann auch tatsächlich? Hier vertraut das KM offensichtlich auf die vorhandenen Ressourcen an den Schulen und auf die außerschulische Förderung durch die Eltern bzw. auf deren Kosten. In den Ausführungen zur »Reform der Notengebung in der Grundschule« findet sich dazu wenig: »Das Zeugnis enthält einen separaten Abschnitt, in dem die Lehrkräfte Aussagen zum ... individuellen Förderbedarf artikulieren können. Sind

die Leistungen schlechter als Note drei, muss aufgeführt werden, mit welchen Förderansätzen die Leistung verbessert werden kann.« Dieser Abschnitt sei auch ein Appell an die Eltern und das Konzept könne nicht »ressourcenunterstützt« werden, war aus dem KM zu hören. Ein Beitrag zur Verringerung der Chancenungleichheit in Bayern? Bildungspolitiker sind der Überzeugung, die neue Leistungsbeurteilung führe quasi automatisch »stärker auf einen diagnosegeleiteten Unterricht hin«. Diesen Automatismus gibt es aber nicht.

Fazit:

Solange der differenzierteren Dokumentation von Leistungen und Kompetenzen der Kinder keine ausreichenden Bedingungen für die bestmögliche Förderung aller Kinder folgen, bleiben diese neuen Grundschulzeugnisse vor allem ein Ärgernis.



von Gele Neubäcker

stellv. Vorsitzende der GEW Bayern

Neue Grundschulzeugnisse – Ein Teiltrückzug in mehreren Schritten

Individuelle Lernfortschritte und Förderbedarf aufzeigen, die gesamte Persönlichkeitsentwicklung eines Kindes würdigen, Eltern stärker einbinden – diese Ziele sollen durch neue Zeugnisse erreicht werden.

Fern der Alltagspraxis entwickelten Expertinnen und Experten ein Konzept, das der Ministerrat im Juni 2003 beschloss und das ab September 2003 an 30 Grundschulen erprobt wurde.

Einige »essentials«:

- Wiedereinführung der Ziffernnoten in Klasse zwei;
- Aufgliederung der Fächer Deutsch und Mathematik in fünf bzw. drei Teilbereiche mit Teilnoten sowie verbalen Beurteilungen in allen Teilbereichen und jeweils einer Gesamtnote;
- Verbale Beurteilung und Ziffernnoten auch in anderen Fächern;
- Bewertung des Lern-, Sozial- und Arbeitsverhaltens mit sieben Unterkategorien sowohl verbal als auch mit sieben »Noten«, jeweils von A bis D;
- Allgemeine Aussagen zu individuellen Lernfortschritten und zu Förderansätzen, auch als Hinweis auf die Notwendigkeit außerschulischer Förderung;
- Ein mehrseitiger Beobachtungsbogen für alle in einer Klasse tätigen Lehrerinnen und Lehrer, der auch an die Eltern zur häuslichen Beobachtung der Kinder ausgegeben werden soll. Die ausgefüllten Bögen sollen Eltern und Klassenleitung rechtzeitig vor der Zeugniserstellung miteinander besprechen – so wollte es das KM.

Die 30 Modellschulen wurden bereits nach einem halben Jahr befragt und die Ergebnisse ausgewertet. Wieder einmal stand die positive Bilanz, die das KM veröffentlichte, in einem gewissen Widerspruch zu den Schilderungen einzelner Kolleginnen und Kollegen. Dennoch erkannte auch das KM die Realitätsferne zumindest von Teilen des Konzepts.

Teiltrückzug 1: Der Beobachtungsbogen wird nun doch nicht an die Eltern ausgegeben und gemeinsam besprochen.

Teiltrückzug 2: In den Fächern Deutsch und Mathematik wer-

den nun doch keine Teilnoten vergeben, sondern die Teilbereiche werden verbal gewürdigt und am Ende in einer Gesamtnote für das Fach zusammengefasst.

Obwohl der Modellversuch auf zwei Jahre angelegt war und von allen Seiten ausreichend Zeit gefordert wurde, sollten bereits im Februar 2005 in ganz Bayern neue Zeugnisse in den Klassenstufen eins und zwei ausgegeben werden. In Aussicht gestellt wurden »entsprechende Fortbildungen und ein hilfreiches Manual mit konkreten, praxisbezogenen Anregungen«. Beides Fehlanzeige: Die eilends im Schneeballsystem organisierten Fortbildungen entsprachen weder quantitativ noch qualitativ der Bedeutung, die dieser »Reform der Notengebung« von offizieller Seite beigemessen wird. Vom »hilfreichen Manual« kam Teil 1: »Praxishilfe für den Beobachtungsbogen« nach den Allerheiligenferien an den Schulen an. Auch dieses 33-seitige Werk erwies sich rasch als realitätsfern und unbrauchbar und führte zu **Teiltrückzug 3:** Am 23. November wurde das Manual zur »unverbindlichen Handreichung« degradiert und ein »knapp und präzise verfasster Leitfaden« noch für Dezember in Aussicht gestellt. Auch dieses inzwischen eingetroffene Papier stößt auf wenig Begeisterung.

Am 7. Dezember wurden Gewerkschaften und Verbände zu einem Gespräch über die Handhabung des Beobachtungsbogens durch Fach- und Religionslehrerinnen und -lehrer ins KM geladen. Dabei kam es zu **Teiltrückzug 4:**

»Einschätzungsbogen Fachlehrer« und »Beobachtungsbogen Religionslehre« brauchen nicht geführt werden. Stattdessen werden »signifikante Beobachtungen in geeigneter Weise an den Klassenlehrer weitergegeben«.

Teiltrückzug 5 erfolgte zwei Tage später, am 9. Dezember. Weil Schulen »technisch und organisatorisch« nicht ausreichend vorbereitet sind, wurde die verbindliche Einführung der neuen Zeugnisse (zunächst?) vom Februar 2005 auf Juli 2005 verschoben.

Wir dürfen auf die weitere Entwicklung gespannt sein!

Landeskongress Schulsozialarbeit am 15. Januar 2005 in Nürnberg

Die gute Nachricht:

Das Forum Bildungspolitik (GEW + 28 Partnerorganisationen) bringt an diesem sonnigen Wintertag rund 200 TeilnehmerInnen (sozialpädagogische Fachkräfte, Lehrkräfte, Eltern, SchulpsychologInnen u.a.) auf eine Tagung.

Alle sind sich einig: Der Ausbau und die Vernetzung von Schulsozialarbeit (Sammelbegriff) an *allen* bayerischen Schulen muss vorangehen!



Fotos: Susanne Glas

Die schlechte Nachricht:

Im neuen Doppelhaushalt (2005/06) hat der Freistaat seine vollmundigen Versprechungen von 2002 gebrochen: Von den 350 versprochenen Stellen »Jugendsozialarbeit« wurden ganze 80 finanziert (und die mit weit unter 40 % der realen Kosten!), der Rest soll offensichtlich ersatzlos wegfallen.

Dieser Wortbruch der Staatsregierung darf nicht einfach hingenommen werden! In einer Zeit, wo alle Parteien für den Ausbau von Schulsozialarbeit eintreten, müssen wenigstens die paar Brosamen im versprochenen Umfang bereitgestellt werden. (gsg)

Folgende Resolution wurde einstimmig beschlossen:

Resolution des Landeskongresses für Schulsozialarbeit des Forums Bildungspolitik in Bayern

Die Zahl der SchülerInnen mit massiven Lern- und Lebensproblemen nimmt an allen Schularten zu. Die Bedeutung der Schulsozialarbeit für eine humane und leistungsfähige Schule wächst deswegen.

Die Bayerische Staatsregierung hat im Jahr 2002 angekündigt, innerhalb der nächsten 10 Jahre 350 neue Stellen für SozialpädagogInnen an den Schulen zu schaffen. Dies wäre in Bayern ein Einstieg in die Schulsozialarbeit gewesen. Bisher wurden nur 80 Stellen geschaffen. Der weitere Stellenausbau soll nach Auskunft des Sozialministeriums beim gegenwärtigen Stand der Planungen für den Doppelhaushalt 2005/06 storniert werden.

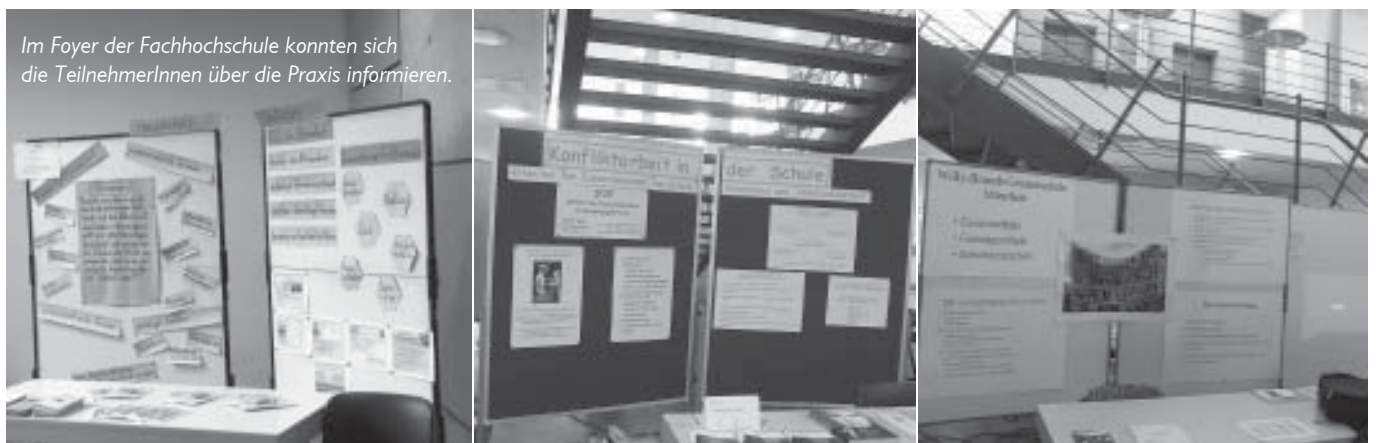
Damit wird verhindert, dass Schulsozialarbeit

- sozialen Konflikten an der Schule vorbeugt und sie regelt
- soziale und geschlechtsspezifische Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen abzubauen hilft
- die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördert
- Hilfestellung beim Übergang von Schule in Ausbildung und Arbeit gibt.

Die Schulen dürfen mit der Bewältigung dieser Probleme nicht allein gelassen werden, sonst wird riskiert, dass leistungsschwächere SchülerInnen, die bereits ein Drittel der Schülerschaft ausmachen, ihre Chancen auf einen anerkannten Abschluss im Schulsystem verlieren.

Aus diesem Grund protestieren die TeilnehmerInnen des Kongresses des Forums Bildungspolitik in Bayern aufs Schärfste gegen dieses Vorhaben. Sie fordern die Abgeordneten des Bayerischen Landtags auf, bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes der Kürzung von Mitteln für die Schulsozialarbeit keinenfalls zuzustimmen, sondern dafür Sorge zu tragen, dass der planmäßige Ausbau gesichert ist.

Im Foyer der Fachhochschule konnten sich die TeilnehmerInnen über die Praxis informieren.





Bis auf den letzten Platz gefüllt: der Saal im Münchner Gewerkschaftshaus

Münchens OB Christian Ude stellt fest:

Honorare für vhs-DozentInnen zu niedrig

Selbstständige Dozentinnen und Dozenten, die von ihren Einkünften aus der Erwachsenenbildung leben müssen, befinden sich sozial und wirtschaftlich nicht selten in einer Notlage!

Eine Seltenheit, dass ein wichtiger Politiker die prekäre Situation selbstständiger Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung überhaupt zur Kenntnis nimmt, sie anerkennt und Verhandlungen über eine Besserstellung der Kolleginnen und Kollegen in Aussicht stellt. In einer von der DozentInnenvertretung der Münchner vhs am 13. Januar im Münchner Gewerkschaftshaus organisierten Podiumsdiskussion gab es zwar Kontroversen über die Aufgaben der Erwachsenenbildung, auch über die Möglichkeiten einer emanzipatorischen, sozialstaatlichen Bildungspolitik, zugleich aber die Chance, durch Verhandlungen das Einkommen und die soziale Lage von vhs-DozentInnen zu verbessern.

Der Sozialpsychologe Heiner Keupp kritisierte den Verlust eines pädagogischen Bildungsbegriffs, an dessen Stelle Markt und Gewinn gesetzt würden. (s. seine Thesen auf der nächsten Seite. Die Redaktion)

Ursula Herdt vom Hauptvorstand der GEW beschrieb die Misere der Weiterbildung, die vor 30 Jahre als vierte, gleichberechtigte Säule des Bildungswesens vorgestellt worden war, aber immer völlig unterfinanziert gewesen sei. Infolge der Hartz-Gesetze seien Tausende von Beschäftigten entlassen worden, viele Lehrende befänden sich in prekären Verhältnissen. Unternehmen und Einrichtungen der Branche wetteiferten mit Billigangeboten zu Lasten der Beschäftigten.

Programmdirektorin Frau May von der Münchner Volkshochschule beklagte die Kumulation von Mittelkürzungen, wodurch die vhs in eine schwierige Lage geraten sei, stellte dem jedoch entgegen, dass es noch immer ein weit gespanntes allgemeinbildendes Angebot gebe, inhaltlich und örtlich an der Teilnehmerorientierung festgehalten werde und durch ein differenziertes Gebührensystem niemand von der Erwachsenenbildung ausgeschlossen werde.

Die DozentInnenvertretung warf der vhs vor, sich zu den Lehrenden, vor allem zu den selbstständigen Dozentinnen und Dozenten, parasitär zu verhalten.

Oberbürgermeister Ude, auch Aufsichtsratsvorsitzender der MVHS, gab zu, man habe die Honorare für DozentInnen seit Jahren nicht mehr erhöht, weil es weder eine tarifvertragliche noch eine sonstige rechtliche Verpflichtung gebe und weil politischer Druck fehle. »Man hat es getan, weil es geht.« Genauso sei im Falle der Kürzung des Zuschusses zur Renten- und Krankenversicherung von 10 % auf 8 % gehandelt worden. Wenn jemand überwiegend und dauerhaft in ständig angebotenen Fächern unterrichte, müsse für eine Besserstellung gesorgt werden. Er forderte die DozentInnenvertretung und die GEW zu Verhandlungen auf.



von Peter Weiß

Büro für Weiterbildung der GEW Bayern
 gew.peter.weiss@freenet.de
 Tel. 09 11-22 48 66
 jeden Mittwoch 13.30-16.00 Uhr
 Tel. mobil 01 60-96 84 47 63

Bundesweiter Aktionstag gegen Sparkurs in der beruflichen Weiterbildung auch in München



Am Abend des 6. Dezember protestierten Kolleginnen und Kollegen aus Trägern beruflicher Weiterbildung im Rahmen des bundesweiten Aktionstages auch in München gegen die Folgen des rigiden Sparkurses im Bereich ihrer Branche. GEW und ver.di hatten gemeinsam diese Aktion unterstützt.





Weiterbildung in der reflexiven Moderne: Fähigkeiten und Ressourcen der Lebensbewältigung



von Prof. Dr. Heiner Keupp

lehrt Sozial- und Gemeindepsychologie
an der LMU München

Mit folgenden Thesen eröffnete Heiner Keupp die Veranstaltung im Münchner Gewerkschaftshaus. Den ausführlichen Artikel stellen wir über die Homepage der GEW Bayern zur Verfügung: www.bayern.gew.de > unsere Zeitschrift. Dort führt ein Link neben der Inhaltsangabe dieser Ausgabe zum Text. Der Text kann auch bei der Redaktion angefordert werden.

In seinen »Flüchtlingsgesprächen« lässt Brecht nach einem Razonieren über Sinn und Zweck der Weiterbildung an der Volkshochschule Ziffel abschließend zusammenfassen: »Wir könnens so ausdrücken: wenn der Bildungsdrang in einem Land einen so heroischen und selbstlosen Anstrich kriegt, dass es allgemein auffällt und für eine hohe Tugend gehalten wird, wirft das ein schlechtes Licht auf das Land.« (Brecht 1980, S. 52)

- 1) Der Motor für (Weiter-)bildung sollten Neugier, Sinn-suche oder der Wunsch sein, Zusammenhänge zu begreifen. Die aktuellen Diskurse sind allerdings vielmehr von Angst bestimmt; die Angst, den Anschluss nicht halten zu können und ausgemustert zu werden; die Angst, sich nicht gut präsentieren zu können, nicht genug dynamisch, flexibel und fit zu sein; die Angst nicht angstfrei reden zu können.
- 2) Bei Weiterbildung geht es um Bildung und Bildung hat zentral mit Lebensbewältigung und Lebenskunst zu tun:

Wie kann ich leben? Wie will ich leben? Und welche Ressourcen brauche ich für die Realisierung meiner Vorstellung vom »guten Leben«.

- 3) Die Einfache Moderne hatte klare Vorstellungen von Bildungsgütern, die in den unterschiedlichen Bildungssystemen zu vermitteln waren. In der Zweiten Moderne wachsen die Zweifel an diesen Vorstellungen, aber es entstehen keine neuen Klarheiten über gesicherte Wissensbestände, die dann wieder in Bildungssystemen weitergegeben werden können.
- 4) Weiterbildung ist mehr als »Wissensmanagement« und Erwachsenenbildner sind mehr als die »Jongleure der Wissensgesellschaft«. Wissen zu strukturieren und Zugänge zu Wissen zu organisieren, sind sicher hilfreiche Voraussetzungen für Bildung, aber sich darauf zu reduzieren, hieße den normativen Anspruch von Bildung als Aufklärung aufzugeben.
- 5) In einer individualisierten Gesellschaft kommt es auf die Stärkung der individuellen Kompetenzen der Selbstsorge und Selbstbestimmung an. Damit ist nicht Fitness für das Agieren im globalisierten Kapitalismus gemeint, sondern die Erarbeitung einer eigenen reflexiven Position und die Ermutigung zum aufrechten Gang.
- 6) Weiterbildung wie der gesamte Bildungsbereich ist von einer »Verbetriebswirtschaftlichung« bedroht, die immer weniger von einer Bildungsidee getragen ist, sondern von der Logik des Marktes. Hier ist eine ideologische Auseinandersetzung nötig, die u.a. dem neoliberalen Menschen- und Gesellschaftsbild das Recht bestreiten muss, die angemessene Denkform der Reflexiven Moderne zu sein.
- 7) Bildung in der gegenwärtigen und – soweit erkennbar – zukünftigen Gesellschaft muss deshalb auf die Stärkung reflexiver Kompetenzen der Subjekte bauen, weil die (Re-)Etablierung einer sicheren und geordneten Welt mit klaren und von allen akzeptierten Prinzipien nicht erwartet werden kann. Wir werden mit einer fortschreitenden Entgrenzung von Normen, Institutionen, Lebensformen zu leben haben. Umso wichtiger wird die Stärkung der Fähigkeiten der Subjekte, eigene Grenzen ziehen zu können. Das erweist sich zunehmend als Schlüsselkompetenz.



Leitwörter
sind **schuld** **wenn**
Moscheen
rennen.

Integration ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft.

suchen:

Begegnungsorten und Schulen, die das Verständnis und die Kenntnis der jeweiligen Kulturen ermöglichen, die soziale Kompetenz aufbauen und Bildung für alle – alle gleichermaßen – ermöglichen.

Lehrerfortbildungen, die ihren schwierigen Aufgaben gewachsen sind.

Das heißt: kleine Klassen, professionelle Ausstattung, qualifiziertes Personal, gute Arbeitsbedingungen und ausreichend Zeit zum Lernen.

Soziale Arbeit als effizientes, flächendeckendes und fachlich kompetentes Netzwerk

in Kindertagesstätten und Ämtern, Jugend- und Erwachsenenbildung, Jugendhilfe und sozialer Arbeit

Integration baut auf Grund- und Menschenrechte

Integration baut auf allseitige Toleranz

Integration baut auf die zivile Gesellschaft

Integration braucht den sozialen und demokratischen Rechtsstaat

Integration braucht politischen Willen und Ressourcen

Integration braucht Herz

Zwischen Pest und Cholera

Juristischer Ratgeber für Beschäftigte der evang.-luth. Landeskirche und des Diakonischen Werkes Bayern e.V.

Die Arbeitsrechtliche Kommission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (ARK) hat in ihren Sitzungen am 31.8.2004 und 20.10.2004 zur Arbeitszeit folgende Änderungen beschlossen:

Die regelmäßige Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Mitarbeiterin bzw. eines vollbeschäftigten Mitarbeiters beträgt ausschließlich der Pausen **ab dem 01.01.2005** durchschnittlich 40 Stunden wöchentlich (§ 9 Abs. 1 Satz 1 AVR/SR.Bayern). Es besteht jedoch zur Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen, deren Grund in der Festlegung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Mitarbeiterin bzw. eines vollbeschäftigten Mitarbeiters auf 40 Stunden liegt, die Möglichkeit, durch Dienstvereinbarung (§ 36 MVG) die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen bei durchschnittlich 38,5 Stunden beizubehalten, wenn gleichzeitig die Vergütung auf 38,5/40 vermindert wird.

Die neue Arbeitszeitregelung tritt außer Kraft, sofern mindestens 4 Mitglieder der Arbeitsrechtlichen Kommission Bayern dies durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorsitzenden mit einer Frist von einem Monat zum 31.12.2005 verlangen. In diesem Fall gilt ab 01.01.2006 die vor dem 01.01.2005 geltende Arbeitszeitregelung. Darüber hinaus empfiehlt die Arbeitsrechtliche Kommission Bayern den Dienstgebern, Teilzeitbeschäftigten, deren vereinbarte Arbeitszeit nicht automatisch zum 01.01.2005 erhöht wird und die dadurch finanzielle Einbußen hinnehmen müssen, eine entsprechende Erhöhung der vereinbarten wöchentlichen Arbeitszeit anzubieten, um die bisherige Vergütungshöhe beibehalten zu können. (Rundschreiben des Diakonischen Werkes Bayern an die Mitglieder mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitarbeitervertretung v. 25.10.2004.)

Welcher Teufel die Arbeitsrechtliche Kommission (ARK) dabei geritten hat, wir wissen es nicht. Der Beschluss soll einstimmig, d.h. mit allen Stimmen der sog. ArbeitnehmervertreterInnen (alle aus dem Verband kirchlicher Mitarbeiter – Vkm) gefallen sein.

Wahrlich nicht zum ersten Mal und ohne ersichtliche Notwendigkeit – denn alle anderen Wohlfahrtsverbände leiden genauso unter der rigiden Sparwut Stoibers und der Kommunen – schert dieser Spitzenverband aus dem Stillhalteabkommen der übrigen Verbände aus, um sich Wettbewerbsvorteile oder/und politisches Wohlgefallen zu verschaffen. Denn in den Arbeitsvertragsrichtlinien (AVR) gibt es bereits eine Notlageregelung und Dienstvereinbarung zur Arbeitsplatzsicherung, um auf erwiesene wirtschaftlich schwierige Lagen reagieren zu können. Und anstatt gegenüber den Kostenträgern und staatlichen Sozialzykern eine gemeinsame Front zu bilden bzw. diese zu stärken, stellt er seine eigenen Beschäftigten vor die Wahl zwischen Pest und

Cholera: Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich oder direkte Lohnkürzung!

Hoffentlich haben die Verantwortlichen ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn wir sehen für diese Vorgehensweise rechtliche Hindernisse.

1) Eine Dienstvereinbarung zur Beibehaltung der 38,5-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Minderung der Vergütung auf 38,5/40 hat eine Lohnkürzung zur Folge und damit eine Veränderung der Arbeitsbedingungen zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Mit einer Dienstvereinbarung kann aber nicht einfach in arbeitsvertragliche Rechte zu Ungunsten der Beschäftigten eingegriffen werden, es sei denn die damit verbundene Benachteiligung würde anderweitig kompensiert. Davon kann jedoch hier nicht die Rede sein. Vielmehr soll hier einzig und allein eine Lohnkürzung durchgedrückt werden.

Darüber hinaus dürfte es sich bei dieser Vorgehensweise um eine Umgehung des gesetzlichen Kündigungsschutzes handeln.

Daraus ergibt sich, dass alle vor dem 1.1.2005 beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und somit auch die Teilzeitbeschäftigten, einen Anspruch auf Vergütung unter Zugrundelegung der 38,5-Stunden-Woche haben. Dieser Anspruch könnte ggf. gerichtlich durchgesetzt werden.

2) Unserer Auffassung nach ist die Arbeitszeitverlängerung nur unter folgenden Voraussetzungen wirksam:

a) aufgrund der Änderung der AVR mit Wirkung vom 1.1.2005 bei Neueinstellungen ab diesem Zeitpunkt.
b) durch Änderungsvertrag, der allerdings der Unterschrift und damit der Zustimmung der Mitarbeiterin/des Mitarbeiters bedarf.

c) Ohne Zustimmung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann die Arbeitszeitverlängerung nur mit einer betriebsbedingten Änderungskündigung durchgesetzt werden. Davon geht wohl auch die ARK selbst in ihren o. g. Beschlüssen aus, wenn sie von der »Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen« spricht. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass dies wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten ernsthaft erwogen wird.

Unsere Mitglieder würden bei Vorliegen der satzungsgemäßen Voraussetzungen in diesen Fällen Rechtsschutz erhalten.

**von Hans Schuster
und Günther Schedel-Gschwendtner**

Das Kopftuch ist mehr als ein bloßes Stück Stoff

Warum die öffentliche Schule religiös neutral sein muss

Kopftuch, um im Beruf Identität zu wahren?

In der DDS vom Dezember 2004 behauptet Kollege Fritz Köbler in seinem Beitrag »Das Kopftuch, ein Symbol wofür?«, es gebe eine »nahezu hysterische Angst vor islamischem Fundamentalismus«, die er hauptsächlich auf ein »gewaltiges Defizit an interkultureller Bildung und Erziehung« zurückführt. Angesichts der aktuellen Kopftuchdebatte findet er, es sei »absolut einseitig«, das Kopftuch als Symbol von Fundamentalismus bzw. für die Unterdrückung der Frau zu interpretieren. Deshalb wirbt er um Nachsicht gegenüber Kopftuch tragenden Lehrerinnen, die sich doch nur »eine gewisse Identität schaffen.« (DDS 12/04, S.14 f.) Ich denke, dass in diesem Artikel manche Frage offen bleibt. Ist das Kopftuch denn wirklich vorwiegend ein bloßes Stück Stoff, das sich mit ausschließlichem Blick auf die Psyche der Betroffenen angemessen verhandeln ließe? Dass es sich beim Kopftuchstreit um eine viel grundsätzlichere Angelegenheit handelt, beweist doch alleine die Tatsache, dass alle Beteiligten über Eventualfälle streiten, die es in der Schulkirchlichkeit Bayerns noch gar nicht gibt.

Grundwerte im Praxistest

In Anschluss an die Integrationsdebatte der letzten Monate und Wochen sehe ich momentan zwei dringende Fragenkomplexe:

- Wird es den gläubigen MuslimInnen, die auf Dauer in Deutschland leben wollen, gelingen, ihre Religion gegenüber den staatlichen Ansprüchen zu relativieren und sich damit vorgegebenen verfassungsrechtlichen Grundwerten anzupassen?
- Wird es den gläubigen ChristInnen in verantwortlicher Position gelingen, die verschiedenen Religionen und Weltanschauungen zweifelsfrei gleich zu behandeln und damit die vorgegebenen verfassungsrechtlichen Grundwerte einzuhalten?

Der beunruhigende Zwischenstand dieser Debatte ist, so scheint es mir, dass beide Seiten Probleme haben, ihre momentanen Maximalpositionen ehrlich zu überdenken. MuslimInnen, soweit sie sich in einer Parallelgesellschaft bewegen, werden interkulturell noch viel dazulernen müssen. Ihnen muss klar sein, dass die deutschen verfassungsrechtlichen Grundwerte nicht zur Disposition stehen. Es ist insofern das selbstverständliche Recht des Einwanderungslandes, von seinen MigrantInnen zu erwarten, jeder Gewalt abzuschwören und die grundsätzlichen Spielregeln dieses Staates nicht nur äußerlich anzuerkennen, sondern sie darüber hinaus auch zu verinnerlichen und sich entsprechend zu verhalten. Hinsichtlich der Religion bedeutet dies, ernst zu nehmen, dass hierzulande keinerlei Staatskirche existiert

und außerdem der und die Einzelne ab dem 14. Lebensjahr Religions- und Weltanschauungsfreiheit genießt. Jeder Muslim und jede Muslima in Deutschland muss also ganz allein entscheiden können, in welcher Art und Weise er/sie den Glauben pflegen will oder auch nicht. Ihm bzw. ihr steht es ebenso wie allen anderen frei, beispielsweise zum Katholizismus zu konvertieren, eine anders- oder nichtgläubige Person zu heiraten, sich ggf. scheiden zu lassen oder aber aus dem Islam auszutreten. Es läge jetzt an den Würdenträgern des deutschen Islam, sich diesbezüglich eindeutig zu äußern und dann die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, mag dies auch manches innertheologische Problem aufwerfen.

Auf der anderen Seite müssen MuslimInnen die gleichen Rechte erhalten wie alle anderen Religions- und Weltanschauungsgesellschaften auch. Dass es heute im muslimischen Bereich kaum geeignete AnsprechpartnerInnen für Verhandlungen gibt, ist nicht Versäumnis des Staates, sondern der MuslimInnen selbst. Sie müssen sich selbst darum kümmern, eine den Verhältnissen entsprechende Organisationsstruktur zu formen, um dann gemäß Art. 140 des Grundgesetzes als »Körperschaft des öffentlichen Rechts« anerkannt werden zu können.

Fehlender Mut zur Konsequenz

Insofern halte ich für richtig, dass der Bayerische Landtag Lehrkräften das Tragen eines Kopftuches an öffentlichen Schulen verboten hat. Denn tatsächlich könnte dies als Demonstration einer mit den verfassungsrechtlichen Grundwerten unvereinbaren Haltung verstanden werden, und das alleine ist in sich Grund genug. Allerdings fehlt m. E. dem Beschluss der Mut zur Konsequenz. Warum eigentlich wehrt sich niemand dagegen, wenn 12-jährige Schülerinnen unter dem Druck ihrer Erziehungsberechtigten plötzlich unter ein Kopftuch gezwungen werden, mit allen Folgen für die Entwicklung des Kindes und seine Integration in der Schulklasse? Wenn die Mädchen plötzlich nicht mehr beim Schwimmunterricht mitmachen dürfen und/oder kopfbetucht am Sportunterricht vom Seitenrand der Turnhalle aus »teilnehmen«? Solche Mädchen leiden, und die staatlichen Organe schauen einfach weg. Hier könnte man von der Türkei interkulturell lernen, die aus gutem Grund Kopftücher generell untersagt.



Bricht Landesrecht das Bundesrecht?

Aber nicht nur das Kopftuch, sondern auch andere Symbole des religiösen Glaubens, wie z.B. überdimensionale, provokativ getragene Halskreuze oder Ordenstrachten erfüllen die o.g. Bedingung. Mehr noch: 1995 urteilte das Bundesverfassungsgericht, die Anbringung von Schulkreuzen sei verfassungswidrig. Im Jahr 2004 hängen die Wandkreuze aber immer noch. Was ist das? Bricht seitdem Landesrecht das Bundesrecht? Und wo verkriecht sich denn da die Landtagsopposition, um sich ja nicht eindeutig outen zu müssen? Sämtliche Symbole, die anstößig sein könnten, haben in der öffentlichen Schule nichts zu suchen. Lediglich jene Unterrichtsräume, die ausschließlich zur Erteilung eines Religionsunterrichts vorgesehen sind, könnten von dieser grundsätzlichen Regel ausgenommen werden. Wie viel Wasser muss wohl noch die Isar hinunterfließen, damit dies auch der und die letzte Abgeordnete versteht? Längst gilt manchem/mancher BeobachterIn, unabhängig von der eigenen Gläubig- oder Ungläubigkeit, das Schulkreuz als eine Art Gesslerhut, also als politisches Herrschaftssymbol, aus religiösem Blickwinkel sogar eher kontraindiziert.

An der weltanschaulichen Neutralität der öffentlichen Schule führt auf Dauer kein Weg vorbei, wenn es ein vorrangiges Ziel bleiben soll, den Schulfrieden auch in religiöser Hinsicht zu wahren. Je pluralistischer die religiös-weltanschauliche Landschaft an den Schulen ist, desto wichtiger wird es, von staatlicher Seite jede einseitige Parteilichkeit zu vermeiden.

Gelungene interkulturelle Kommunikation

Interkulturelle Kommunikation darf also keine Einbahnstraße sein, sondern muss alle Beteiligten in gleichem Maße umfassen. Wir als GewerkschafterInnen brauchen mehr Verfassungspatriotismus, um unseren Beitrag in diesem Dialog zu leisten. M. E. können wir gegenüber MigrantInnen mit gutem Recht auf die Einhaltung der im Grundgesetz fixierten Grundwerte, insbesondere auf universale und unteilbare Menschenrechte pochen, gerade auch in Bayern (dessen CSU ja bekanntlich mit dem Argument, alle Gewalt gehe »von Gott« aus und nicht »vom Volke«, gegen die Verabschiedung des Grundgesetzes war). Weltweit gesehen sind die in Deutschland höchstmöglich verankerten Grundrechte Privilegien für die Einzelnen, von denen die BewohnerInnen vieler anderer Staaten nur träumen können. Sie sind großartige, leider häufig verkannte politische Trümpfe. Es ist bedauerlich, wie sie im rauen politischen Alltag manchmal bis zur Unkenntlichkeit verwittern. Sich der Pflege der Grundrechte zu stellen, um sie für alle real wirksam werden zu lassen, das sollte unser Beitrag zur gelungenen interkulturellen Kommunikation sein.

von Wolfgang Proske

Dr. phil., Dipl.-Soz. und
Lehrer (Neu-Ulm)



Der Bundesausschuss für Seniorinnen und Senioren der GEW - Interessenvertretung für alle Mitglieder

Nun ist der demografische Wandel in unserer Gesellschaft keine neue Entwicklung mehr. Aber es tun sich viele, auch Mitglieder unserer Gewerkschaft, immer noch schwer, diesen Prozess in ihr Leben und in die Politik zu integrieren. Alt werden möchten viele, aber alt sein nicht. Dabei ist die Auseinandersetzung mit diesem Thema Voraussetzung dafür, dass das persönliche Leben gelingt und die Gesellschaft keine Schlagseite bekommt.

Immerhin hat die GEW das erkannt und ist durch den Bundesausschuss für Seniorinnen und Senioren und die Arbeit in den Landesverbänden dabei, entsprechende Impulse auszusenden, z.B. durch das Aufgreifen der Themen

- Alterssicherung der Angestellten und Beamten
- Beseitigung von Diskriminierungen
- Angebote für junge Alte
- Vorsorgeinformationen
- Vorbereitung auf den Ruhestand
- Gesundheitspolitik
- Pflegeversicherung und zunehmende Belastungen bei der Altenpflege
- Kommunal- und Wohnungspolitik
- Politik für Seniorinnen und Senioren in der EU

Die Kommunikation fördern soll die Beilage »Dialog« in unserer Zeitschrift »Erziehung und Wissenschaft«.

Auch in der EU gibt es jetzt eine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Allerdings sind noch nicht alle Mitgliedsgewerkschaften im DGB von der Notwendigkeit überzeugt, dass sie in der Seniorenpolitik kräftig mitmischen müssen im Interesse ihrer gesamten Mitgliedschaft. Die GEW spielt bei dieser Arbeit eine Vorreiterrolle.

Unser Seminar am 19.2.05 in Nürnberg soll uns neue Impulse in der skizzierten Arbeit geben.

von Ingelore Pilwousek

Mitglied im Landesvorstand
der GEW Bayern



Die Chance des längeren Lebens nützen - aber das Vorsorgen nicht vergessen

Seminar für GEW-SeniorInnen und solche, die es werden (wollen)

Samstag, 19. Februar 2005

11.00 - 16.00 Uhr

Nürnberg, Caritas-Pirkheimer-Haus
(Königstr. 64)

mit Hans Clauser, Vorsitzender des Ausschusses für Seniorinnen und Senioren der GEW Baden-Württemberg

Anmeldung bei GEW, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg

Tel./AB/Fax: 09 41-79 36 95

e-mail: GEW21972@aol.com

Klasse statt Masse

Bericht vom 3. ErzieherInnen-Tag der GEW Bayern am 13.11.04 in Ingolstadt



Der Rahmen

Klasse statt Masse – hätte das Motto lauten können: mit ca. 120 BesucherInnen hatte der 3. ErzieherInnen-Tag der GEW Bayern zwar kein Riesenspektakel, aber die TeilnehmerInnen genossen in der Kolping-Akademie, einem historischen Ballhaus für Offiziere der alten Bayerischen Armee, ein angenehmes, fast feudales Ambiente und wurden dabei fürstlich bewirtet vom Hauswirtschaftsteam des Marienheims, einem Projekt von HauswirtschaftsschülerInnen der Berufsfachschule. Und sie genossen die Auswahl aus 9 Arbeitsgruppen verbunden mit einer Kleingruppenatmosphäre, wie man sie sich so sehnlich für die Praxis wünscht.

Ein politisch pointiertes Grußwort des Vorsitzenden des Kreisverbandes der GEW Ingolstadt-Eichstätt, Manfred Lindner, leitete die Tagung ein.



Die Hauptreferentin

Mit Dr. Christa Preissing konnte eine hochkarätige Referentin aus Berlin angeworben werden, die viele schon aus der sog. Prott-Preissing-Studie zum Personalbedarf in Kindertagesstätten (1988) kennen. Ihr Arbeitsplatz ist die Internationale Akademie an der FU Berlin, wo sie u.a. den Auftrag vom Senat Berlin bekam, ein Bildungsprogramm für die Berliner Tageseinrichtungen zu entwickeln.



internationale Akademie an der FU Berlin, wo sie u.a. den Auftrag vom Senat Berlin bekam, ein Bildungsprogramm für die Berliner Tageseinrichtungen zu entwickeln.

Daneben ist sie auch bei einem mittelgroßen Freien Träger tätig, der bisher kommunale Bildungseinrichtungen in Berlin in eigener Regie übernimmt.

Dieses Bildungsprogramm, erhältlich beim Verlag *Das Netz*, Berlin, das sich wohltuend durch seine Kürze und Verständlichkeit vom bayerischen BEP (Bildungs- und Erziehungsplan) unterscheidet, stellte sie anschaulich und gut nachvollziehbar vor. Anders als beim BEP wird in Berlin jedes Kita-Team fortgebildet und es gibt gleichzeitig eine auch für Eltern geeignete Kurzinformatio (für InteressentInnen: <http://www.ina-fu.org> bzw. <http://www.wenbjs.berlin.de>)

Die Diskussion

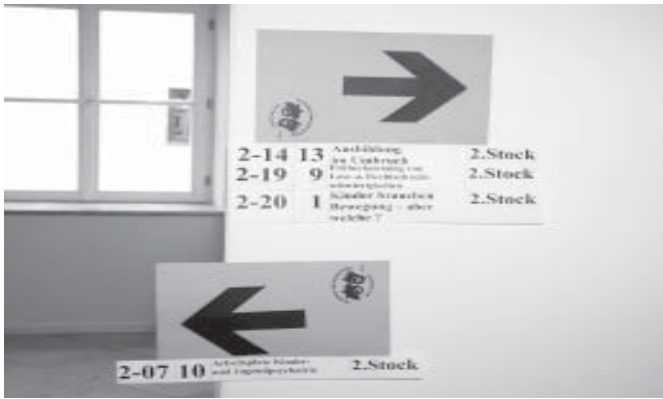
Mit VertreterInnen Ingolstädter Träger und Kita-LeiterInnen fand eine weit über örtliche Probleme hinausgehende Podiumsdiskussion statt, die von Jutta Materna (Mitglied im Landesvorstand) kompetent moderiert wurde. Es ging um eine Grundeinschätzung des Stellenwerts von Bildungsarbeit im Elementarbereich – angesichts der in Bayern drohenden fachlich und finanziell ungenügenden Bezuschussung durch Nutzungszwischenschichten und Faktorenkinder nach dem ISKA-System. Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die Anwesenden – in Abgrenzung vom kommunalen Vertreter – für die Einschätzung von Dr. Fthenakis aus, die dieser am 14.10.04 in einer Anhörung im Landtag so ausdrückte:



»...empfehle ich dem Landtag, einen dritten Weg zu geben, was die Finanzierung betrifft. Dieser

Weg sollte darin bestehen, dass von staatlicher Seite aus sichergestellt werden muss, dass die Rahmenbedingungen für die Gewährung von Bildung für unsere Kinder unter allen Umständen garantiert werden und dass dies nicht abhängig gemacht werden kann von dem freien Buchungsverhalten der Eltern oder von der Finanzkraft einer Kommune.«





Die Arbeitsgruppen

In Arbeitsgruppen fand, wie schon an den beiden früheren ErzieherInnentagen, der Austausch zwischen den AG-LeiterInnen – alle GEW-Mitglieder mit langjähriger Berufskompetenz – und den Bedürfnissen und Erfahrungen der TeilnehmerInnen statt. Die Themen waren breit gestreut und reichten von Evergreens wie »Erzählwerkstatt« bzw. »Kinder brauchen Bewegung« über mehr konfliktorientierte Themen wie »BEP und neues Fördermodell«, »Übergang vom Kindergarten in die Grundschule«, »Mehr Männer in die Kitas« bis zum Thema »Älterwerden im Beruf – wenn der Akku leer wird«.

Die Schlussrunde

Nach den AGs haben wir mit den noch verbliebenen ca. 80 TeilnehmerInnen ganz bewusst einen gewerkschaftlichen Akzent gesetzt: Das Motto »Lohndumping, Stellenabbau und Abbau von Rechten« steht für all die Widerwärtigkeiten eines modernen kapitalistischen Arbeitsmarktes, dem sich Gewerkschaften heute stellen müssen. Wir erleben Stellenabbau – schon *vor* der Einführung des betriebswirtschaftlichen ISKA-Modells –, Lohndumping durch Zunahme von Mini-Jobs, Leiharbeit und Ich-AGs und Beschäftigungsformen ohne Arbeitnehmerrechte wie die ab 1.1.2005 geltenden sog. 1-Euro-Jobs. Diese drängen nicht zufällig gerade in den sozialen Bereich, wo sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur noch unzureichend stattfindet. Von vielen TrägerIn werden sie bisweilen geradezu begeistert aufgenommen. Statt ordentlicher tariflicher Arbeitsverhältnisse droht deren Erosion und Ersetzung durch zugewiesene, nicht sozialversicherungspflichtige, auf je ½ Jahr befristete Arbeit ohne Vertrag.

Frisch Ausgebildete könnten dann schon beim Berufseinstieg in prekäre Arbeitsverhältnisse bzw. Arbeitslosigkeit entlassen werden, um vielleicht ein Jahr später unter »Hartzbedingungen« in ihrem erlernten Beruf für 1 Euro pro Stunde beschäftigt zu werden.

Fazit

Da die/der Einzelne den Auswüchsen dieses unlauteren Wettbewerbs in keiner Weise gewachsen ist, werden starke,

unabhängige Gewerkschaften wichtiger denn je. Wie sonst soll es gelingen, ein Gegengewicht zu der neoliberalen Politik zu schaffen und die dazu nötige Solidarität herzustellen. Die GEW als Bildungsgewerkschaft hat dazu die fachlichen und organisatorischen Voraussetzungen.

Dank sei an dieser Stelle gesagt für die unermüdlenden, ehrenamtlichen HelferInnen der GEW, für die großzügigen Spenden vieler GEW Kreis- und Bezirksverbände und nicht zuletzt für die finanzielle Unterstützung durch das Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB e.V.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Leiter des Sozialpädagogischen Büros der
GEW Bayern
e-mail: GEW_SozPaed@t-online.de



wunderbarer Service

tolle Organisation

PISA 2003

Zuerst einige grundsätzliche Informationen zu PISA: PISA ist eine Untersuchung der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die seit 2000 im Abstand von drei Jahren durchgeführt wird – mit unterschiedlichen Schwerpunkten (2000 Lesekompetenz, 2003 Mathematik und 2006 Naturwissenschaften). International wurden bei PISA 2003 ca. 250.000 15-jährige Schülerinnen und Schüler getestet. Deutschland war mit 4.660 Schülerinnen und Schülern aus 216 Schulen beteiligt.

Nun zu den Ergebnissen im Einzelnen: In Mathematik erreichte Deutschland einen Mittelwert von 503 Punkten (OECD-Durchschnitt: 500 Punkte). Im Bereich der Lesekompetenz betrug der Mittelwert 491 Punkte bei einem OECD-Durchschnitt von 494 Punkten. In den Naturwissenschaften lag der Mittelwert bei 502 Punkten (OECD-Durchschnitt: 500 Punkte). Insgesamt schnitt Deutschland also ähnlich schlecht ab wie 2000, trotz leichter Verbesserungen, die aber nur in den Naturwissenschaften und in einem (von vier) Teilbereichen der Mathematik statistisch signifikant sind. Dieser leichte Aufwärtstrend ist hauptsächlich auf Steigerungen – bei den leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern – im Gymnasium zurückzuführen, weniger auf einen Zuwachs an den Realschulen oder an den integrierten Gesamtschulen und gar nicht auf eine Verbesserung an den Hauptschulen. Das bedeutet, die Leistungsstreuung hat im Vergleich zu 2000 noch einmal zugenommen. Von allen OECD-Ländern ist sie nur noch in Belgien und der Türkei höher.

Durchschnitt in der Spitze

Wie auch schon 2000 ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die nur die unterste Kompetenzstufe I bzw. nicht einmal die erreichen, in Deutschland besonders hoch. Er liegt mit 22 % (für Mathematik) weit über dem aller anderen west- und nordeuropäischen Länder, mit Ausnahme von Luxemburg. Dieser hohe Anteil der Risikogruppe geht nicht einher mit ausgeprägten Spitzenleistungen auf der obersten Kompetenzstufe VI. Hier liegt Deutschland mit vier Prozent auf dem OECD-Durchschnittsniveau, weit hinter Ländern der Spitzengruppe, die acht bzw. neun Prozent erreichen. Bei den Gesamtergebnissen fällt eines besonders auf: Deutschland liegt bei den Fachleistungen bestenfalls im Mittelfeld, nur beim Lösen von Problemen in alltagstypischen Situationen liegen die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler mit 513 Punkten signifikant über dem OECD-Durchschnitt von 500 Punkten. Das heißt, es gelingt nicht, das fächerübergreifend vorhandene kognitive Potenzial in eine diesem entsprechende fachliche Kompetenz umzusetzen.

Bei den Gesamtleistungen schneidet die Bundesrepub-



lik immerhin noch mittelmäßig ab, bei der Verteilung von Bildungschancen sind die Ergebnisse katastrophal. Zwar gibt es auch in den anderen OECD-Staaten einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungschancen, »aber Deutschland gehört zu den Bildungssystemen, in denen diese Abhängigkeit am größten ist«, so der OECD-Bericht PISA 2003 (OECD, 2).

OECD sagt deutlich: Optimierung des Bestehenden reicht nicht

Kinder und Jugendliche aus »unteren Schichten« haben in Deutschland geringe Chancen, eine höhere Schulform zu besuchen. Weil Jugendliche mit Migrationshintergrund überwiegend den »unteren Schichten« angehören, sind vor allem diese benachteiligt. Das ist kein Naturgesetz, sondern eine deutsche Spezialität. »Anderen Staaten, darunter auch solchen mit ähnlichen Migrationsprofilen wie zum Beispiel Österreich oder der Schweiz, gelingt es deutlich besser, zugewanderte Jugendliche mit ähnlichem Profil zu fördern« (OECD, 11).

Jugendliche der ersten Migrationsgeneration schneiden schlechter ab als zugewanderte Jugendliche, obwohl – oder weil? – sie in Deutschland aufgewachsen sind und ihre gesamte Schulzeit hier verbracht haben. Der OECD-Bericht belässt es erfreulicherweise nicht bei einer Beschreibung der Fakten, sondern befasst sich auch mit den Ursachen.

»Der Zusammenhang zwischen Bildungsleistungen und sozialem Hintergrund wird wesentlich durch die Schul- und Schulformwahl beeinflusst. Dieser Zusammenhang, der in anderen Staaten mit ebenso stark stratifizierten und früh selektierenden Bildungssystemen, wie zum Beispiel Österreich, der deutschsprachigen Schweiz, der Tschechischen Republik oder Ungarn, ähnlich ausgeprägt ist, deutet darauf hin, dass das gegliederte Schulwesen einen erheblichen Einfluss auf die ungleiche Verteilung von Bildungschancen in Deutschland hat und damit das Leistungspotenzial eines großen Anteils junger Menschen, einschließlich von SchülerInnen mit Migrationshintergrund, ungenutzt lässt. Diese Resultate legen Zweifel nahe, dass wesentliche Verbesserungen in Bezug auf die Chancengerechtigkeit des Bildungs-

systems, und damit auch der Gesamtleistung, allein durch die Optimierung des bestehenden gegliederten Bildungssystems erzielt werden können“ (OECD, PISA 2003 Draft Briefing Note - Germany, S. 2).

Wer über eine mittlere Lesekompetenz verfügt, müsste diese Passage verstehen können. Sie sagt, zugegebenermaßen etwas vorsichtig formuliert, nichts anderes als:

1. Das gegliederte Schulwesen hat einen erheblichen Einfluss auf die unklare Verteilung von Bildungschancen.
2. Deswegen bleibt im gegliederten Schulwesen das Leistungspotenzial eines großen Anteils junger Menschen ungenutzt.
3. Deswegen reicht es nicht aus, das gegliederte Schulwesen zu »optimieren«. Es geht um einen Systemwechsel.

Diese »Übersetzung« widme ich all denen, die, was auch immer die PISA-Ergebnisse, sei es 2000 oder 2003, zeigen,

stur und ignorant argumentieren, aus PISA ließen sich keine Aussagen über Schulstrukturen ableiten.

Das Land, das bei den PISA-Ergebnissen seit 2000 die größten Fortschritte zu verzeichnen hat, ist Polen. In Polen wurde vor vier Jahren das gesamte Schulsystem radikal umgebaut. Nach einer Vorschulklasse gehen die Schülerinnen und Schüler seither in eine sechsjährige Grundschule. Darauf folgt das dreijährige Gymnasium (für alle Schülerinnen und Schüler!). Erst nach diesen 10 Jahren auf einer Schule für alle wird nach einer Prüfung entschieden, wer zum Abitur auf ein Lyceum geht, wer das Fachabitur macht oder wer eine Berufsschule besucht.

Es geht nicht nur auch anders.

Anders geht es besser.

von Schorsch Wiesmaier

Vorsitzender der GEW Bayern



Interview mit Andreas Schleicher (aus b+w, Januar 2005, Zeitschrift der GEW Baden-Württemberg)

b+w: Herr Schleicher, bei der Vorstellung der PISA-Ergebnisse im Kultusministerium in Stuttgart am 15.12.04 hat der Vertreter des KM Ihre bildungspolitische Kompetenz angezweifelt und für diese Behauptung sogar fachwissenschaftliche »Rückendeckung« angeführt. Sind Sie der neue »bad guy« der Bildungspolitik in Deutschland oder fühlen Sie sich eher als »Kassandra«?

A. Schleicher: Wir sollten derartige Äußerungen nicht überbewerten. Die OECD bietet den Mitgliedstaaten die Chance, die Stärken und Schwächen des eigenen Bildungssystems im Spiegel der Leistungsfähigkeit der erfolgreichsten Bildungsnationen zu analysieren, also derjenigen Länder, die hohe Bildungsstandards sowie eine ausgewogene Verteilung von Bildungschancen gewährleisten. Wie die Königin bei Schneewittchen sieht man in diesem Spiegel manchmal nicht das Bild, das man gerne sehen möchte, aber deswegen den Spiegel zu kritisieren oder hinzuschmeißen, bringt langfristig nichts, auch das lehrt uns das Märchen von Schneewittchen.

b+w: Wie ist zu erklären, dass Organisationen, die die Bildungsvergleiche zu Anfang sehr kritisch betrachteten, wie die GEW ja auch, diese nun sehr ernst nehmen und Politiker, die eigentlich für Wettbewerb und Benchmarking stehen, diese Vergleiche nun kritisieren oder mindestens relativieren?

A. Schleicher: Ich schätze die Lage hier wesentlich positiver ein. Die durch PISA unterstützte empirische Wende, in der sich Bildungspolitik und Bildungspolitiker nicht mehr an Ankündigungen, sondern an den tatsächlich erbrachten Ergebnissen messen lassen müssen, findet bei denjenigen, die in der Praxis stehen und an wirklichen Verbesserungen interessiert sind, zunehmende Unterstützung. Vor zehn Jahren hat Baden-Württemberg internationale Leistungsvergleiche noch boykottiert, heute spielt es Vorreiter einer empirisch begleiteten Bildungspolitik. So schnell ändern sich die Verhältnisse und ich bin überzeugt, dass wir in einigen Jahren auch über Fragen der Schulstruktur und den damit verbundenen Anreizsystemen für individuelle Förderung viel objektiver und gelassener diskutieren werden. Der Spielraum für politische Willkür wird enger und diejenigen die weiterhin in ideologischen oder parteipolitischen Grundpositionen verharren, werden in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

b+w: Auf der erwähnten Veranstaltung wurde auch behauptet, die Rück-

schlüsse, die Sie aus PISA für Deutschland ziehen, wären ihre persönliche Meinung und nicht durch den OECD-Bericht gedeckt. Dies betrifft insbesondere die Aussagen zur Schulstruktur. Lassen die PISA-Daten tatsächlich einen so breiten Interpretationspielraum zu?

A. Schleicher: Die Analysen zur PISA-Studie werden von den international renommiertesten wissenschaftlichen Instituten durchgeführt und von den Mitgliedstaaten sowohl wissenschaftlich als auch politisch begleitet. Jedes Kapitel des internationalen Berichtes, einschließlich der Analysen zur Schulstruktur, wurde von den Mitgliedstaaten sorgfältig begutachtet. Positionen von OECD-Vertretern wie mir beziehen sich ausdrücklich auf diese Analysen. Auch die von mir geäußerten Zweifel, dass sich wesentliche Verbesserungen der Ergebnisse, insbesondere in Bezug auf die Chancengerechtigkeit des Bildungssystems, allein durch die Optimierung des bestehenden gegliederten Bildungssystems erzielen lassen, ist eine Einschätzung der OECD.

b+w: Mit den PISA-Ergebnissen kann man offensichtlich viele bildungspolitische Positionen begründen. Drückt sich die Wissenschaft um klare Aussagen – oder kann sie diese gar nicht treffen?

A. Schleicher: Viele Fragen bleiben wissenschaftlich unbeantwortet und wir müssen uns bei bildungspolitischen Analysen auf empirisch abgesicherte Aussagen beschränken. Dennoch muss einen wundern, dass die von der KM in Auftrag gegebenen, nationalen PISA Analysen ein wichtiges Thema wie die Gestaltung von Bildungswegen und der Schulstruktur gar nicht erst analysieren. Wenn einige Politiker die Aussagen der OECD hierzu bezweifeln, muss die Antwort doch sein, diese Fragen näher zu analysieren, anstatt einfach wegzuschauen.

b+w: Herr Schleicher, wie fühlen Sie sich nach den zunehmenden Angriffen auf Ihre Person? Suchen Sie sich schon einen anderen Job?

A. Schleicher: Noch einmal, unsere Arbeit in der OECD findet zunehmende Unterstützung und Anerkennung in den Mitgliedstaaten und ist seit einigen Jahren zum Schwerpunkt der internationalen, bildungspolitischen Zusammenarbeit geworden. Mein persönlicher Beitrag dazu wurde in einer Reihe von Staaten mit Preisen ausgezeichnet. Solange dieser internationale Diskurs konstruktiv voranschreitet, werde ich mich weiter dafür einsetzen und mir über unüberlegte Vorwürfe von ein paar Regionalpolitikern wenig Gedanken machen.

Das Interview führte Ute Kratzmeier

Chancenreiche und schwierige Jahre für die GEW

Schorsch Wiesmaier, seit 9 Jahren Landesvorsitzender der GEW Bayern, wird auf der LandesvertreterInnenversammlung im März nicht mehr kandidieren. Bisher einziger Kandidat für seine Nachfolge ist Oskar Brückner. Wir geben diesem deshalb hier Gelegenheit, sich vorzustellen.

PISA hat eine Diskussion über unser Bildungs- und Schulsystem in Gang gesetzt – so grundsätzlich und breit wie seit Jahrzehnten nicht. Immer mehr gesellschaftliche Gruppen wollen die Schulstruktur auf den Prüfstand stellen: u. a. Bundesschülerkonferenz, Bundeselterrat, Unternehmer- und Handwerksverbände, wirtschaftsnahe Stiftungen, die Landesregierungen Schleswig-Holstein, NRW, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, DIE GRÜNEN, Teile der SPD, Bundesbildungsministerin Bulmahn und viele BildungsforscherInnen.

Die KMK streitet (noch) vehement ab, dass die alarmierenden Befunde der PISA-Studie für Deutschland, etwas mit unserem selektiven Schulsystem zu tun hätten. Fakt ist aber, dass unser Schulsystem das Versprechen der »begabungsgerechten« Zuweisung und einer dadurch optimierten Förderung an keiner Stelle erfüllt. PISA-Spitzenländer haben erheblich mehr studierfähige SchülerInnen und breitere Leistungsspitzen, die auch noch deutlich höhere Punktwerte erreichen als bei uns. Im deutschen und besonders im bayerischen Schulsystem werden Kinder auf Grund ihrer sozialen Herkunft gleich doppelt benachteiligt, weil sie selbst bei gleicher Intelligenz überproportional häufig auf Haupt- und Förderschulen verwiesen werden und ihr Lernpotenzial nicht ausschöpfen können. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der GEW Bayern, diesen Skandal beharrlich anzuprangern und wirksame Maßnahmen zu fordern. (Nicht nur) dafür ist es meines Erachtens unbedingt erforderlich, eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sicherzustellen. In den letzten Monaten waren ständig bildungspolitische Themen in den Medien, die Positionen der GEW Bayern tauchten dabei fast überhaupt nicht auf. Unsere Überzeugungsarbeit für »Eine Schule für alle« braucht eine vielfältige Kampagne mit GEW-Material, Filmen, Fachtagungen, JournalistInnen-Wörkshops, Veranstaltungsreihen in Kreisen und Schulen, Personal- und Elternversammlungen, möglichst breiten Bündnissen und Medien, die darüber berichten, vielleicht sogar JournalistInnen, die die Kampagne mittragen. Es muss ins öffentliche Bewusstsein, dass frühe Auslese das Hauptübel unseres Schulsystems ist. Die Transformation des gegliederten Schulsystems wird nicht von Bayern ausgehen, aber wir können und müssen unseren Teil zur Veränderung des öffentlichen Klimas beitragen.

Die Chancen, grundsätzlichen Veränderungen näher zu kommen, sind z. Zt. nicht mehr absolut aussichtslos.

Die Chance auf spannende Bewegung in Schulstrukturfragen war ein starkes Motiv für meine Kandidatur. Bildungspolitik ist schon lange ein sehr extensives »Hobby« von mir. In den 80er Jahren war ich für eine Periode stellvertretender



Landesvorsitzender der GEW, von 1990 bis 1994 bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion im Bayerischen Landtag. Ich arbeite in der AG Schulpolitik der BundesGEW und würde zum Abschluss meines Berufslebens gerne nochmals auf Landesebene bildungspolitisch aktiv.

Dennoch habe ich mir die Kandidatur zwei Monate lang reiflich überlegt. Erstens wegen der Frage, ob dies von Bayreuth aus überhaupt zu machen ist. Ich will weder meiner Frau noch mir eine ständige Abwesenheit von zu Hause zumuten. Ein relativ großer Teil der Arbeit muss auch von Bayreuth aus zu leisten sein. Zweitens habe ich lange gezögert, »meine« Schule zu verlassen, an der ich vieles aufgebaut habe. Kommendes Schuljahr bekommen wir voraussichtlich (bayernweit erstmalig) eine Ganztags-Sprachanfängerklasse, deren Konzept ich entworfen und für das ich zwei Jahre auf allen Ebenen gekämpft habe. Ich bleibe aber meiner Schule und dem Ausbau des Ganztags schulzweigs durch Zugehörigkeit im Bayreuther Stadtrat verbunden. Dort möchte ich nicht ausscheiden, weil ich mit unserer kleinen Fraktion der GRÜNEN und Unabhängigen erstaunlich viel, speziell für Jugendhilfe und Schulen, erreichen konnte.

Ich weiß, dass die kommenden Jahre gerade über den Schulbereich hinaus großen Einsatz der GEW erfordern: Ab kommendem Schuljahr wird der Bildungs- und Erziehungsplan in den bayerischen Kindertagesstätten verpflichtend, der begrüßenswerte Verbesserungen enthält. Gleichzeitig tritt aber auch das neue Finanzierungsmodell in Kraft, das die notwendigen Rahmenbedingungen, insbesondere die Personalausstattung, für die Umsetzung nicht schaffen wird.

Der sozialpädagogische Bereich ist von Auszehrung bedroht. Viele Träger versuchen, ihre Finanznot über Personalkosteneinsparungen zu mildern, u.a. durch einen steigenden Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Die Entwicklungen in der Weiterbildung spotten jeder Beschreibung. Schon lange Vorreiter bei prekären Beschäftigungsverhältnissen, hat dort der Abbau von Arbeitsplätzen im letzten Jahr aufgrund politischer Entscheidungen ein dramatisches Ausmaß erreicht. Viel Arbeit für die GEW, bei immer noch zu geringem Organisationsgrad.

Die Umstrukturierung der Hochschulen fordert uns ebenfalls, sei es in Fragen von Lehrerbildung, drohender Studiengebühren oder auch dort hinsichtlich zunehmender Prekarisierung bei wissenschaftlichem Personal.

Es brennt also überall. Die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen im gesamten Bildungsbereich (einschließlich der BeamtInnen) werden immer schlechter und das bei wegbrechenden Strukturen für Tarifverhandlungen.

Was uns an Gegeninformation, Gegenwehr und der Durchsetzung unserer Konzepte gelingt oder nicht gelingt, liegt an uns allen: Wir brauchen viele beharrliche, aktive MitstreiterInnen. Deshalb wird es auch am Erfolg unserer Nachwuchsarbeit in allen Bereichen liegen, ob die GEW ihre Aufgabe als Bildungsgewerkschaft erfüllen kann. ■

Abwechslung im Unterricht: Planspiele



Foto: Bert Butzke

Planspiele werden häufig in der Wirtschaftspädagogik eingesetzt. In ihnen wird versucht, komplexe Prozesse, wie die Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen bei der Produktentwicklung zu simulieren. Die SpielerInnen sollen dabei ein Gespür für komplexe Zusammenhänge und Strategien zur effektiven Zusammenarbeit entwickeln. Die Simulation reduziert die Komplexität der Wirklichkeit und macht sie so greifbarer. Ziel des Planspiels ist, dass die SpielerInnen im Spiel die Konsequenzen ihres Handelns erleben können und aus diesen Schlüsse für ein effektiveres Vorgehen in der Realität ziehen können.

Planspiele können auch in der Schule eingesetzt werden. Ein Spiel, das seit Jahren erfolgreich in Schulen durchgeführt wird, ist das von Dennis Meadows und MitarbeiterInnen entwickelte Spiel Fish Banks Lmt. In ihm werden die SpielerInnen in Gruppen eingeteilt, von denen jede den Vorstand eines Fischfangunternehmens darstellt. Ziel ist es, den Gewinn des Unternehmens zu maximieren. Jede Gruppe muss im Laufe eines Jahres (einer Spielrunde) Entscheidungen treffen: Sollen neue Schiffe gekauft werden? In welche Gewässer werden die Schiffe geschickt? Bleiben Schiffe im Hafen? Wird mit anderen Unternehmen verhandelt, um Fischfangquoten festzulegen? Die Entscheidungen der Gruppen werden in einen Computer eingegeben, der Fangzahlen und Fischbestände berechnet. Das für die SpielerInnen ernüchternde Resultat des Spiels ist meist, dass die Fangzahlen, nachdem sie über einige Spielrunden kontinuierlich gestiegen sind, drastisch einbrechen. Die Versuche, Absprachen zu treffen, kommen dann meistens zu spät, das Meer ist bereits überfischt und die Unternehmen gehen Pleite, da sie nicht mehr für die Betriebskosten aufkommen können.

In diesem Spiel werden Probleme der Entscheidungsfindung in Gruppen und der Koordination von Einzel- und Gruppeninteressen bei der gemeinsamen Bewirtschaftung

einer begrenzten Ressource – des Fischbestandes – deutlich. Ziel dieses Spieles ist in erster Linie die Umwelterziehung. Es kann aber auch eingesetzt werden, um Probleme einer ethischen Entscheidungsfindung und der Koordination von Einzelinteressen zu verdeutlichen.

Wichtig ist, wie bei allen Planspielen, eine geeignete Nachbereitung. Das Spiel an sich macht den SchülerInnen meist viel Spaß und ist für sie ein bemerkenswertes Erlebnis. Allerdings führt es aber zu keinem nachhaltigen Lernerfolg. Erst die Reflektion des Spielverlaufes, die Analyse, wie bestimmte Entscheidungen zu Stande kamen und der Vergleich des Spiels mit der Realität führen zum Verständnis der Zusammenhänge und bilden die Grundlage für den Transfer des Erlernten in die Realität.

Damit ergeben sich die drei Phasen der Durchführung eines Planspiels: Die Einführung und Regelklärung, das eigentliche Spiel und schließlich die Auswertung und Nachbesprechung. In letzterer wird zuerst nach den Spielerfahrungen gefragt (»Wie ging es euch im Spiel?«), dann wird der Spielverlauf rekonstruiert (»Was ist passiert?«), wobei versucht wird, die Perspektiven der einzelnen SpielerInnen zu beachten und so zu integrieren, dass eine gemeinsame Sichtweise aller entstehen kann. Schließlich wird durch eine Verallgemeinerung der gemachten Erfahrungen (»Wo gibt es so etwas in der Realität?«) der Transfer eingeleitet. Dabei soll immer deutlich werden, dass die Simulation die Realität nicht 1:1 abbildet, dass aber gewisse Erfahrungen und Prozesse in der Realität ähnlich ablaufen.

Für komplexere Planspiele, wie Fish Banks Lmt., benötigt man meist mehrere Stunden Zeit. Solche Spiele können also nur im Rahmen von Projekten durchgeführt werden. Sie sind für die SchülerInnen aber meist ein Ereignis, das ihnen länger in Erinnerung bleibt und können als Einstieg in eine längere Unterrichtssequenz dienen. Es gibt auch

eine ganze Reihe von Kurzspielen, die in den üblichen 45-Minuten-Stunden eingesetzt werden können und oft eine gute Diskussionsgrundlage bieten.

Der große Vorteil von Planspielen besteht darin, dass wichtige Zusammenhänge spielerisch erfahren werden können. Diese müssen also nicht durch – für SchülerInnen oft langweilige – Textlektüre oder Lehrervortrag vermittelt werden. Während der »normale« Unterricht vollständig auf einer Metaebene (dem Sprechen *über* das Thema) abläuft, ermöglichen es Planspiele, zeitweise auf die Erfahrungs Ebene zu gelangen (dem Erleben *von* etwas). Diese Erfahrungen werden dann auf der Metaebene besprochen. Dieses Vorgehen ist für SchülerInnen deutlich motivierender, da sie sich als handelnd erleben können.

Planspiele bieten also eine willkommene und für SchülerInnen sehr motivierende Abwechslung im Unterrichtsalltag und eignen sich besonders zum Einstieg in eine Unterrichtssequenz, die dann mit der Auswertung des Spiels beginnt und in der einzelne Aspekte vertieft werden. Planspiele sind an allen Schularten einsetzbar, die meisten Publikationen behandeln jedoch ihren Einsatz in der Sekundarstufe.



von Fabian Glötzner

Promovend an der LMU München

Literatur zum Thema:

Roman Capaul und Marcus Ulrich: *Planspiele. Simulationsspiele für Unterricht und Training.* Tobler Verlag Altstätten (CH). 112 S. ISBN 3-85612-151-X.

Dieses Buch bietet im Theorieteil eine Einführung in Hintergründe und Grundlagen der Planspielmethode. Auch Hinweise zur Gestaltung von Einführung und Auswertung werden hier gegeben. Im Praxisteil werden 13 Spiele beschrieben, die in 45 Minuten durchgeführt werden können. Sie behandeln die Themen Kommunikation und Teamentwicklung, Wirtschaft, Recht und Gesellschaft sowie nachhaltige Entwicklung. Manche Spiele sind so oder ähnlich aus der Literatur zu Gruppenspielen bekannt. Es finden sich jedoch hier, wie bei allen anderen Spielen, wertvolle Hinweise und Hilfen für die Spieldurchführung und die Auswertung. Kopiervorlagen für Karten und andere Materialien sind vorhanden. Die meisten Spiele sind bestechend einfach und mit sehr geringem Aufwand durchführbar. Es handelt sich also um eine abgepeckte Variante von Planspielen für den normalen Unterrichtsbetrieb. Dieses Buch eignet sich gut für einen ersten Einblick in die Planspielmethode.

Heinz Klippert: *Planspiele. Spielvorlagen zum sozialen, politischen und methodischen Lernen in Gruppen.* Beltz Verlag, Weinheim. 4. Auflage, 2004. ISBN 3-407-62391-7.

In diesem Buch werden 10 Planspiele vorgestellt, die ca. 5 bis 6 Schulstunden dauern und alle der gleichen Struktur folgen: Es geht darum, eine politische oder unternehmerische Entscheidung zu treffen, an der sechs Interessensgruppen beteiligt sind. Die SchülerInnen werden auf die verschiedenen Gruppen aufgeteilt. Sie erarbeiten in den Gruppen ihre Rollen, planen ihr weiteres Vorgehen und führen Verhandlungen mit anderen Gruppen. Am Ende der Spiele steht eine Konferenz, in der die Entscheidung gefällt wird. Die nötigen Materialien sind als Kopiervorlage vorhanden. Die Hinweise zur Auswertung der Spiele sind leider knapp.

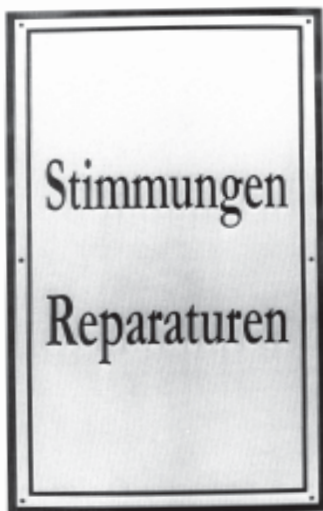
Willy C. Kriz und Brigitta Nöbauer: *Teamkompetenz. Konzepte, Trainingsmethoden, Praxis.* Vandenhoeck&Rupprecht, Göttingen, 2002. ISBN 3-525-46162-3. Dieses Buch behandelt die Planspielmethode als Technik zur Förderung von Teamkompetenz. Neben zahlreichen Teamübungen, die sich auch zum Einsatz in der Schule und auf Klassenfahrten eignen und die häufig aus der Literatur zu Gruppenspielen bekannt sind, werden zwei Planspiele zu den Themen interkulturelle Kommunikation und Produktmanagement vorgestellt (Zeitbedarf 90-120 Min.). Die Stärke dieses Buches liegt in der ausführlichen Beschreibung der Planspielmethode und möglicher Auswertungstechniken. Zudem bietet es eine ansehnliche Materialsammlung.

Zu Wort gemeldet

Leserbrief eines älteren Mitgliedes

Als älteres Mitglied, das schon länger im Ruhestand lebt, möchte ich hier auch einmal meine grundlegenden Gedanken zu Bildungs- und Erziehungsfragen in Form folgender Thesen zur Diskussion stellen:

1. Zu den bildungspolitischen Zielen der GEW gehören mit Recht Chancengleichheit, Integration und Lernen in gemischten Klassen. Dem wird das derzeitige Schulsystem nicht gerecht, weil es Kinder frühzeitig in höhere und niedrigere Bildungsgänge einsortiert. Pädagoginnen und Pädagogen tragen hier auch die Verantwortung.
2. Bildungspolitisch ist ein mittlerer Schulabschluss für alle zu fordern.
3. Viele Fächer der allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen entsprechen nicht mehr den gesellschaftlichen Anforderungen unserer schnelllebigen Zeit. Um dem abzuhelfen, ist die Förderung unserer Wirtschaftsschulen und Fachoberschulen eine wichtige Angelegenheit der zuständigen Behörden.
4. Der Staat darf sich seiner Verantwortung für Bildung, Erziehung und Wissenschaft nicht entziehen.
5. Die Familien in unserem Land sind zunehmend zerrüttet und krank, die Familienmitglieder sind verunsichert und neigen dazu, sich zu isolieren. Das bedeutet, die Familien sind für Kinder und



- Heranwachsende (nicht mehr) die Erziehungsinstanz. Das Problem kennen auch die Kirchen. Sie sind meist hilflos und ohne Konzept, wenn ganze Familien aus den Kirchen austreten, und das nicht nur wegen der hohen Steuern.
6. Wir, die Erwachsenen sind gefordert, den jungen Menschen auf alle nur erdenkliche Weise zu helfen. Seriöse Jugendclubs wären hier eine wichtige Hilfe und vor allem auch die Medien.
 7. Eine große Aufgabe fällt hier den einzelnen Gewerkschaften zu, in denen die Gewerkschaftsjugend auf beispielhafte Weise mit ihren älteren Kollegen zusammenarbeiten können.
 8. Für Kinder in schwierigen Lagen sind

ausreichend Pädagogen auszubilden und Sonderepflichtschulen zu schaffen. Die Pädagoginnen und Pädagogen sollen diese Kinder und Jugendlichen sowie natürlich auch alle anderen zu Toleranz, Friedenswillen, Verantwortung, Kritikfähigkeit und demokratischer Einstellung erziehen.

8. Die GEW fordert zu Recht die Gleichstellung der Hauptschullehrerinnen und -lehrer mit den anderen Lehrkräften in einer Sekundarstufe I.
9. Die GEW setzt sich auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher ein, insbesondere für die Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle sowie besserer Vergütungen. In diesem Bereich darf nicht gespart werden, weil es um unsere Kinder und Jugendlichen geht, das größte »Kapital«, das wir haben, auch für unsere Zukunft.
10. Die Bundesrepublik hat sich zu einer multikulturellen und multi-ethnischen Gesellschaft hin entwickelt. Das muss selbstverständlich auch im Bildungsbereich seinen Niederschlag finden und in die Praxis einfließen. So gilt auch am Arbeitsplatz das Recht der Selbstbestimmung (Art. 1 GG).
11. Zu den Lehren, die wir aus der Nazidiktatur ziehen, zählt ein NPD-Verbot ohne wenn und aber.

Wilhelm Barnikel
Erlangen

Das Letzte

Nachrichten aus dem realen Unsozialstaat

Unbemerkt von der höheren Mittelschicht und den Besserverdienenden schlägt der Unsozialstaat über Hartz IV hinaus auch 2005 real zu.

Beispiele gefällig?

- Der in die SGB II und XII eingeführte neue Regelsatz (Grundsicherung genannt) ist eine Mogelpackung: Der rechnerisch höhere Betrag im Vergleich zum alten Regelsatz entsteht nur durch die Hereinnahme einer Pauschale (von 45 Euro), die bisher alle bei Bedarf entstehenden Einmalleistungen statistisch zusammenfasst. Dieser neue Pauschbetrag ist so knapp bemessen, dass besonders Alleinerziehende und Familien mit Kindern dadurch schlechter gestellt sind. Zudem bekommen Kinder von 7-13 Jahren sowie Jugendliche von 14-17 Jahren um bis zu 49 Euro weniger als in der existierenden Sozialhilfe. Daran ändert auch der »Neue Kinderzuschlag« aus dem Hause Schmidt nichts, denn hier wird eine Zusatzleistung an Bedingungen geknüpft, die nur ganz wenige erfüllen: Von 63.507 Anträgen wurden bis zum 4.1.05 ganze 1085 bewilligt. Das ganze Verfahren ist eine gewaltige bürokratische Hürde für Bedürftige, aber in jedem Falle eine Arbeitsbeschaffung für die Arbeitsverwaltung.
- Aus diesem rechnerisch höheren Regelsatz ergibt sich automatisch eine höhere Zuzahlungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von ca. 13 Euro auf nun 82,80 Euro pro Jahr. Noch nicht eingerechnet sind die 0,9 % Beitragserhöhungen für Krankengeld und Zahnersatz, die wiederum einseitig auf alle Versicherten, egal wie bedürftig, im Juli 2005 zukommen sollen.

- Durch ähnliche bürokratische Tricks im neuen SGB XII (löst das bisherige BSHG bezüglich der Hilfe in besonderen Lebenslagen ab) wird auch das für behinderte Menschen verbleibende Einkommen aus der Werkstatt für Behinderte u.a. durch faktische Halbierung des bisherigen Freibetrags um glatte 40 Euro pro Monat abgesenkt (von 743 Euro auf 703 Euro).
- Durch Wegfall des § 44 aus dem alten BSHG gibt es *bei unaufschiebbaren Behandlungen* keine vorläufigen Zahlungen für Schwerbehinderte mehr, die Betroffenen müssen sich um die Finanzierung kümmern.
- Alte und behinderte Menschen, die ab 1.1.2005 in einem Heim betreut werden, erhalten, wenn sie ihre Rente einsetzen, zu den 89 Euro monatlichem Bargeld kein erhöhtes Taschengeld mehr, 44 Euro fallen monatlich weg, die vergleichbare Menschen 2004 noch erhalten haben (und durch Besitzstandswahrung behalten dürfen).

Während die Politik larmoyant feststellt, dass die Millionäre und die Armut gleichmäßig wachsen (Armutsbericht), fragen wir uns, welchen Sinn Demokratie, also die freie Wahl von VolksvertreterInnen noch macht, wenn diese mit einer konstanten Mehrheit Gesetze machen, die einer ständig steigenden Zahl (z. Zt. ca. 14 %) von Menschen in unserem Lande die sozialen und kulturellen Grundbedürfnisse und Rechte aberkennen, die sie kraft Verfassung (z.B. Art 14, 20 GG) einmal haben sollten.

von Günther Schedel-Gschwendtner

Spende der LVV 2004 ermöglicht Roma-Kindern den Schulbesuch

Bei der letzten LVV im März 2004 habe ich dafür gesammelt, dass Roma-Kinder aus dem Dorf Viscri in Rumänien mit dem Bus zur Schule fahren können. Die Delegierten waren sehr spendabel und so konnte ich 730 Euro an Annette überweisen, die seit Jahren dort lebt und sich mit viel Engagement um die im Dorf wohnenden Roma und v.a. um deren Kinder bemüht. Die Gruppe der Roma wird in Rumänien immer noch massiv ausgegrenzt. Mitte September ist das neue Schuljahr angelaufen und Annette hat nun berichtet, wie sie unsere Spendenmittel verwendet:

»Wir haben in diesem Jahr 24 Kinder, die die Klassen 5 – 8 im Nachbardorf Bunesti besuchen. Der Bus mit 15 Plätzen muss also wieder wie im letzten Jahr zweimal fahren. 8 Euro pro Tag kostet der Treibstoff, wovon ich die Hälfte bezahle. Die restlichen 4 Euro machen bei 20 Schultagen im Monat 80 Euro und bei 8 Schulmonaten 640 Euro im Schuljahr, die ich von eurer Spende bestreite. Den Rest des Geldes werde ich in die Kasse geben, aus der ich die Kinder bzw. Jugendlichen unterstütze, die weiterführende Schulen besuchen. Diese Kinder müssen die Woche über in Internaten bleiben, da es im Dorf nun mal keinen öffentlichen Nahverkehr gibt. Ein junger Mann, den wir bei seiner Ausbildung zum Schreiner unterstützt haben, hat sich aus gebrauchten Maschinen eine kleine Werkstatt eingerichtet und fertigt bereits Fenster und Türen. Zwei Mädchen haben Arbeit als technische Näherinnen in einer Textilfabrik im Nachbarort gefunden. Ich erwähne das, weil alle anderen Jugendlichen ohne Ausbildung höchstens bei den Schäfern saisonal oder mal als Tagelöhner schlechtbezahlte Arbeit finden.

Wir freuen uns natürlich über die Erfolge und hoffen auf weitere Unterstützung.«

Ich denke, die Spendengelder sind hier gut und einer Bildungsgewerkschaft angemessen angelegt.

Fred Schell

Gemeinsam haben wir was gegen Stress! Veranstaltung der GEW in Dachau

»Sich nicht vom Alltag auffressen lassen«, so war die Devise des GEW-Kreisverbandes Dachau/Fürstenfeldbruck. Die GEW lud dazu in die Räumlichkeiten des Ludwig-Thoma-Hauses in Dachau ein, um zunächst in einem äußerst informativen Vortrag der Psychologin Frau Kudraß-Steininger die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu den Themen Stressarten und -entstehung, Auswirkungen von Stress, aber vor allem auch im Alltag anwendbaren Bewältigungsmöglichkeiten zu erfahren. Besonders wichtig wäre dabei auch die Selbstreflexion, betonte die Referentin. Beim anschließenden Erfahrungsaustausch blieb noch genug Zeit für individuelle, zum Teil verhaltenstherapeutische Ratschläge zum vernünftigen Umgang mit Stress.

Anschließend regte der Vertreter der GEW-Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe, Wolfgang Nördlinger, einen Er-

fahrungsaustausch zu den vielfältigen gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten an.

Die abendliche Veranstaltung der GEW wurde von den TeilnehmerInnen als sehr gelungen und hilfreich gelobt, da Stress gerade heutzutage ein allgegenwärtiges Thema ist, mit dem jede/r häufig konfrontiert ist. Meistens nehmen wir uns aber zu wenig Zeit, um negativen Auswirkungen von Stress rechtzeitig vorzubeugen.

Der GEW-Kreisverband Dachau plant sowohl für die Mitglieder als auch für jede/n andere/n Interessierte/n weitere Veranstaltungen zu arbeitnehmer relevanten und bildungspolitischen Themen und hofft auch dann wieder auf reges Interesse.

von Andrea Chmitorz

Mitgliederberatung

Rechtsauskünfte der Landesrechtsstelle

- Montag und Donnerstag 13:00 bis 16:00 Uhr, Tel. 0 89/54 37 99 59

Neben der Rechtsstelle stehen für telefonische Informationen zur Verfügung:

- Dienstag 14:00 bis 17:00 Uhr: Günther Schedel-Gschwendtner, Sozialpädagogisches Büro der GEW, Tel. 09 11/28 92 04
- Mittwoch 14:00 bis 16:00 Uhr: Peter Weiß, Büro für Weiterbildung, Tel. 09 11/22 48 66, Mobil: 0160/96 84 47 63
- Freitag 12:00 bis 14:00 Uhr: Günther Schedel-Gschwendtner, Sozialpädagogisches Büro der GEW, Tel. 09 11/28 92 04
- Ohne feste Sprechzeiten: Joachim-Peter Graf, GEW-Stadtverband München, Tel. 089/53 73 89

Darüber hinaus geben Auskünfte für:

- *Lehrkräfte bei Fragen zum Beamtenrecht, Laufbahn, Besoldung, Versorgung, Teilzeit, Beurlaubung, Altersteilzeit und Sabbatjahr:* Wolfgang Fischer: 08 21/54 43 00 • Angelika Neubäcker: 08 31/1 34 60 • Gabi Gabler: 08 41/5 48 83
Rudolf Brandenstein: 0 93 33/522
- *Ausbildung der Lehrkräfte:* Anna-Maria Forstner: 09 61/4 01 76 30, e-mail: annamforstner@web.de
- *Tarifauskünfte und Betriebsratsstätigkeit:* Wolfgang Nördlinger: 08 41/7 42 13
- *Beschäftigte in der Diakonie und Mitarbeitervertretung:* Günther Mitteregger: 0 92 84/61 40
- *Beschäftigte in Einrichtungen katholischer Träger und Mitarbeitervertretung:* Friedbert Barth: 09 41/8 04 11 oder 2 68 41
- *Studierende, insbesondere mit BAFöG-Fragen:* Christian Hacker, dienstags 19:00 bis 21:00 Uhr 09 11/1 30 56 16
e-mail: studis.bafog@bayern.gew.de
- der Leiter der Landesrechtsschutzstelle: Hajo Wachsmann: 0 89/32 36 91 75
- sowie die Vertreter der jeweiligen Fachgruppe.

Hinweis:

Es hat sich gezeigt, dass sich eine Vielzahl der Fragen dadurch beantworten lassen, dass man sich an die zuständige Stelle des Dienstherrn bzw. des Arbeitgebers wendet, insbesondere dann, wenn es um den Inhalt eines Bescheides oder einer sonstigen Erklärung dieser Stellen geht. Dasselbe gilt bei Fragen wegen Gehalt, Vergütung, Besoldung, Beihilfeleistungen und dergleichen. Auch die Mitglieder von Personalräten, Betriebsräten sowie Mitarbeitervertretungen können in vielen Fällen weiterhelfen.

Helfen erlaubt! AMYNA braucht Unterstützung beim Kampf gegen Missbrauch von Kindern

Gut eintausend Eltern und PädagogInnen erklären die Mitarbeiterinnen von AMYNA, Institut zur Prävention von sexuellem Missbrauch, jährlich, wie Kinder vor sexueller Gewalt zu schützen sind. Nun aber liegen harte Zeiten vor dem Verein, der sich seit vielen Jahren für die Verhütung von sexuellem Missbrauch einsetzt.

Durch die Konsolidierung des Münchener städtischen Haushalts lasten mittlerweile hohe Beträge auf den Schultern des Vereins, der Träger des Fortbildungsinstituts in München ist. Hauptursache der Finanzsorgen sind die durch einen Umzug vor der Konsolidierung bedingten, gestiegenen Mietkosten. Dieses Defizit wird durch die zu erbringende jährliche »Sparquote« der Stadt zusätzlich erhöht.

Der Vorstand des Vereins, der auf seiner Vollversammlung im November in seinem Amt bestätigt wurde, sieht die Entwick-

lung mit großer Sorge. »Wir müssen im Gespräch mit den politisch Verantwortlichen und den Experten im Sozialreferat eine gemeinsame Lösung suchen und finden. Länger als ein weiteres Jahr kann der Verein die gestiegenen Kosten in dieser Höhe nicht tragen«, so Braun nach der Versammlung, in der der Haushalt 2005 vorgestellt worden war.

Eigentlich sollte 2005 ein Jahr des Feierns werden: Immerhin 15 Jahre hat der Verein mittlerweile hinter sich und ist damit im leistungsstarken und besten Teenageralter. »Wir benötigen jede Unterstützung«, meint Braun, eine der erfahrenen Vorstandsfrauen und ist jedoch ganz zuversichtlich: »Sexueller Gewalt vorzubeugen, ist ein Ziel, das fast alle Menschen in unserer Gesellschaft unterstützen! Von daher bin ich zuversichtlich, dass wir viele Menschen gewinnen werden, die uns helfen!«

Kontakt: info@amyna.de • www.amyna.de

3. interdisziplinäre Fachtagung

»Nicht die Kinder sind anders, sondern die Kindheiten«

Unter diesem Thema beleuchtet der Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes in Bayern in Kooperation mit der Fachhochschule Würzburg die unterschiedlichen Bedingungen des Aufwachsens für Kinder in einer veränderten Umgebung. Die veränderten Lebensumstände der Kinder finden vor allem darin ihren Ausdruck, dass Kinder in einer multimedialen Welt ungeahnten Ausmaßes heranwachsen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kinder zu allen Zeiten auch ein Gleichbleibendes brauchen: Fürsorge, Gesehenwerden, Akzeptanz und Anleitung. Wie diesem Spannungsverhältnis zwischen althergebrachten Werten und Bedürfnissen einerseits und neuen Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft andererseits Rechnung getragen werden kann, wirft viele Fragen auf. Diese zumindest in Teilen zu beantworten, ist Ziel dieser Fachtagung. Alle, die in diesem Spannungsfeld nach neuen Wegen und erprobten Beispielen suchen, sind herzlich eingeladen.

15. - 16. April 2005 in Würzburg

Nähere Infos und Anmeldung bis zum 5. März 2005 beim

DKSB, LV Bayern • Arabellastr. 1 • 81925 München

Tel. 089-92 00 89 11 • Fax: 089-92 00 89 29 • mail: dksb.lv.bayern@t-online.de

Die Schülerfirma Team Factory der Hauptschule Ochsenfurt ist ein kleiner Betrieb, der in den letzten 4 Jahren für viele Lehrerinnen und Lehrer zu einer festen Adresse geworden ist. Unsere Produkte sind preiswert und im Unterricht erprobt. Bei Lehrerfortbildungsveranstaltungen stellen wir aus.



Wir schicken gerne ein Musterpaket zum Ausprobieren in Ihre Schule.
Markus Lindner, Geschäftsführer; Rudolf Brandenstein, Berater

Auszug aus unserem Angebot:

- Textkartei auf CD (100 einfache Zeitungstexte mit Arbeitsaufträgen) 18.-
- Mathe-Rodeo (Würfelspiel zur gezielten Wiederholung in 6. - 9. Jgst.) 10.-
- Lernzirkel »Begründen« (Finden und Begründen der eigenen Meinung) 10.-
- Das merk ich mir (Schulung von Gedächtnis u. sprachl. Kreativität) 10.-
- Schneckenspiel (Vorlage zur Wiederholung vor Probearbeiten) 4.-
- Farben und Formen (Konzentrationsübungen für Gruppen und Klassen) 6.-

Team Factory – Schülerfirma
Fabrikstraße 1 • 97199 Ochsenfurt

www.hauptschule.ochsenfurt.delfirma

Zwei Fortbildungsangebote für geschlechtsspezifisch differenzierte, sozialpädagogische Arbeit:

Methoden sind das Salz in der Suppe! Gruppenarbeit mit Mädchen und jungen Frauen

Einstiegsmöglichkeiten für Gruppenarbeit, Methodenwahl und kreative Methodenvielfalt für unterschiedlichste Gruppenphasen und -themen, in Übereinstimmung mit der eigenen Art zu Leiten können in der Fortbildung erprobt und erfahren werden. Neben dem praktischen Erleben und der Reflexion von Methodenanwendung gibt es kurze Informationseinheiten zu Einstiegs-, Widerstands- und Abschlussphasen von Gruppen.

Termin: 21.3.-23.3.2005

Kosten: 180 Euro

Ort: IMMA, Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit

Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

email: kontakt.informationsstelle@imma.de

Anmeldeschluss: 21.02.2005

Helfen, ohne zu retten - Wege aus der Opfer-Retter-Verfolger-Dynamik

Wer immer in einer helfenden Rolle tätig ist, insbesondere in der Arbeit mit gewalt-erfahrenen und -ausübenden Mädchen/Jungen, wird mit der destruktiven Dynamik des Opfer-Retter-Verfolger-Musters konfrontiert: Wir möchten weder die Hilflos-Haltung des »Opfers« noch die Abwehrhaltung des »Verfolgers« bestärken und müssen dabei selber acht geben, nicht zur »RetterIn« zu werden. D. h. wir brauchen eine gute psychische Selbstorganisation und gute »Werkzeuge«, um wirklich unterstützend tätig sein zu können.

Ziel der Weiterbildung ist das Verstehen der destruktiven Dynamik und der sich daraus ergebenden »Psychospiele«, außerdem Unterstützung, bewusst mit unserer Rolle als BeraterIn und HelferIn umgehen zu können. Beispiele aus der eigenen Praxis sind sehr willkommen.

Termin: 11.4.-12.4.2005

Kosten: 120 Euro

Ort: IMMA, Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit

Jahnstr. 38 • 80469 München

Tel. 0 89-23 88 91 20

email: kontakt.informationsstelle@imma.de

Anmeldeschluss: 11.03.2005

»Sommerferien - schon was vor?«

So wirbt auch in diesem Jahr wieder das Goethe-Institut für »Deutsch-polnische Sprachcamps«. Gesucht werden LehrerInnen, StudentInnen und SchülerInnen, die in ihren Sommerferien für drei Wochen polnischen Jugendlichen die deutsche Sprache näher bringen wollen. Dies in einer

Dies und Das

nicht-schulischen Atmosphäre, versteht sich: Zu drei Stunden Unterricht am Vormittag kommen nachmittags Workshops aus den Bereichen Musik, Theater, Tanz, Malen, Sport (je nach eigener Begabung und Interessenlage); am Wochenende gibt es gemeinsame Ausflüge. Abgerundet wird das Ganze durch eine mehrtägige Reise durch Polen. Die Kurse finden vom 23. Juli bis 20. August in Plock und vom 30. Juli bis 27. August in Bialogard statt.

Worauf der Focus allgemein in diesem offiziellen »Deutsch-polnischen Jahr« liegt, wird hier schon seit 1983 praktiziert: Sprach- und Kulturvermittlung ist das eine, das andere, vielleicht Wichtigere noch, ist das gegenseitige Kennenlernen. Die polnischen Schüler erhalten Unterricht durch Muttersprachler, finden Kontakt zu gleichaltrigen Deutschen; deutsche und polnische Teilnehmer versuchen Vorurteile abzubauen und erkennen historische und kulturelle Gemeinsamkeiten. Am Ende steht fast immer der Wunsch, sich weiterhin mit dem anderen Land und seinen Menschen zu beschäftigen.

Die Sprachcamps werden in Polen durch die UNESCO betreut. Auf deutscher Seite finanziert sie das Auswärtige Amt; das Goethe-Institut führt sie durch, organisatorisch unterstützt vom Hessischen Kultusministerium.

Schriftliche Anmeldung bitte

bis zum 5. März 2005 an die Koordinatorin: Rita Wagner • Hessisches Kultusministerium Postfach 3160 • 65021 Wiesbaden

Weitere Informationen unter:

www.goethe.de/sprachcamps

Berliner Compagnie e.V. Gastspielangebot 2005:

»Human Bombing« - Lügen und Kriege. Das Stück zu Bush. »Eine archaisch-strenge Abrechnung. Und die große Utopie vom Ende der Kriege. Langer, stürmischer Beifall feierte die schauspielerische Glanzleistung« (Rheinpfalz)

»Terra! Terra! Eine Sojabohne packt aus« - Landbesetzer in Brasilien, ein Kuhstall bei Oldenburg und die Geschäfte des Mr. Gift. »Witzige Dialoge, überbordende Spielfreude ließen keine Sekunde Langeweile aufkommen. Eine unter die Haut gehende Analyse der globalen Agrargeschäfte.« (Rheinische Post)

»Schöne eine Welt« - Von der Freiheit der Multis in Niedriglohnzonen, vom Verschwinden einer Gewerkschafterin, von der Herkunft unserer Kleider. »In einmaliger Weise gelingt es der Berliner Compagnie noch heute, politisches Theater jenseits von Agitprop oder seelischer Erbauung zu ma-

chen. Plötzlich ist wieder klar, was alle Politiker eigentlich zu tun hätten: den Menschen ein menschliches Leben ermöglichen.« (Lippische Landeszeitung)

Die Berliner Compagnie ist als nicht-kommerzielle Theatertruppe auf Einladungen durch NROs angewiesen.

Infos zu Gastspielen: 089-1 29 86 24

karin-fries@berlinercompagnie.de

www.berlinercompagnie.de

Neues aus der Schauburg

Ab dem 15.2.2005 (Premiere) gibt es in der Schauburg am Elisabethplatz in München das Stück »Die drei Wünsche« nach Johann Peter Hebel, ein musikalisches Märchen für alle Zuschauer ab 7 Jahren, die das Wünschen noch nicht verlernt haben. Denn: »Alle Gelegenheit, glücklich zu werden, hilft nichts, wer den Verstand nicht hat, sie zu benutzen.« (Hebel)

Über zwei Monate musste ein geduldiges Publikum warten, aber jetzt kommen »Die Weber« in die Schauburg zurück. Ab dem 23.02. wird das Stück in der Inszenierung von Gil Mehmert wieder in den Spielplan aufgenommen.

Für Kinder und Erwachsene werden die Vorstellungen »Nero Corleone«, »Annabella Klimperauge«, »Monkie«, »Satein Seidenfuss« und natürlich »Die Drei Wünsche« gezeigt.

Für Erwachsene und Jugendliche eignen sich »Klamms Krieg«, »The Lovecats Live« und »Die Weber«.

Empfohlene Altersangaben finden sich auf der Homepage bei den Beschreibungen der Stücke.

Mit den Vorstellungen »Klamms Krieg«, »Engel in Fetzen« und »Stadttorheiten« spielt die Schauburg mobil in Schulen in und um München.

Informationen bei:

Schauburg am Elisabethplatz

Franz-Joseph-Str. 47 • 80801 München

e-mail: theater@schauburg.net

www.schauburg.net

Kartenreservierung unter 0 89-233-371 71

Mo - Fr 9.30 - 18.00 Uhr

und Sa 12.00 - 17.30 Uhr

Ein Tag der PhysiklehrerInnen

findet am 16.2.2005 an der LMU München statt, ausgerichtet vom Lehrstuhl für Didaktik der Physik. Beginn: 14.00 Uhr.

Dr. Heinz Muckenfuß (PH Weingarten) referiert zu »Überlegungen zur Einordnung der Meteorologie in den Physikunterricht der Sekundarstufe I« und Prof. Dr. Susanne Crewell (LMU, München) über »Meteorologische Themenkomplexe - vom Treibhauseffekt zum Ozonloch«.

Der Besuch der Veranstaltung wird vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus mit Erlass Nr. VI.7-5P5160.5-6.122243 als LehrerInnenfortbildung anerkannt.

Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im Februar Geburtstag feiern, ganz besonders

Alban Frischeisen, Pullach, zum **89**.
Wolfgang Graf, München, zum **79**.
Prof. Dr. Kurt Singer, Grünwald, zum **76**.
Hermann Brandes, Erding, zum **75**.
Gertrud Gräbner, Kirchberg,
Prof. Dr. Susanne Grimm, München,
Ursula Mück, Weitrarnsdorf, und
Lilo Seibel-Emmerling, Nürnberg, zum **73**.
Prof. Hanne Kettling, München, zum **72**.
Arnhild Bühner, Neukirchen,
Max Brandl, Grafenwiesen,
Rainer Döbrich, München,
Engelbert Hemberger, Wolfratshausen,
Dmitri Milinski, München, und
Konrad Porzner, Ansbach, zum **70**.
sowie zum **65**.

Gudrun Barmayer, München,
Karin Fries, München,
Gerda Nillius-Bondkowski, München,



Ilse Ragaller, Fürstentzell,
Erika Strom, Sonnefeld,
Herbert Gebert, Forchheim,

Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im Februar gilt unser Dank ganz besonders für **35 Jahre Mitgliedschaft**

Gisela Antweiler, Aschheim,
Anna Greif, Augsburg,
Inge Junck, München,
Gudrun Schmid, Rödental,
Ilse Welzel, Höchstadt,
Wilhelm Altmann, Hohenstadt,
Manfred Malter, Lichtenau,
Udo Rebhan, Nürnberg,
Robert Sigel, München,
Jakob Steinberger, Aichach,
Reinhard Walcher, München,
Dieter Wiegand, Pfaffenhofen, und
Reinhard Wimmer, München.

Dieter Kämpf, Markt Schwaben,
Hermann Ragaller, Fürstentzell, und
Hermann Schiessl, Schwabach.

Interessante Veranstaltungen ab Februar 2005

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41/79 36 95, E-mail: gew21972@aol.com

19.02.05	Die Chancen des längeren Lebens nutzen - aber das Vorsorgen nicht vergessen. Mit Hans Clauser vom SeniorInnenausschuss der GEW Baden-Württemberg *	Seminar	Nürnberg Caritas-Pirkheimer-Haus 11.00 - 16.00 Uhr
25.-26.02.05	Die Betreuung von Gruppen bei Plan- und Simulations-spielen. */** (In Zusammenarbeit mit der FES Regensburg)	Seminar	Regensburg Fachhochschule
28.02.- 04.03.05	Mitbestimmung in der Personalpolitik in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Kompaktkurs Arbeitsrecht für Betriebsräte.*/** Veranstalter: www.consulting-fischer.de, Tel. 09 11-8 10 67 42	BR-Seminar	Niederpöcking DGB-Bildungszentrum
07.03.05	Ohne Moos nix los - wie das reiche Bayern die Bildung kurz hält. Karin Pranghofer (SPD) und Thomas Mütze (B'90/Die Grünen) stellen den Bildungshaushalt zur Diskussion.	Referate + Diskussion	Aschaffenburg DGB-Haus 20.00 Uhr
11.03.05	Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich Öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung mit ExpertInnen im Rahmen der LandesvertreterInnenversammlung der GEW Bayern: mit Dr. Mario Candeias (FU Berlin), Tatjana Fuchs (isw), Prof. Dr. Mathias v. Saldern (Uni Lüneburg), Michael Schlecht (ver.di)	Referate + Diskussion	Nürnberg Karl-Bröger-Zentrum 10.00 - 17.00 Uhr
29.-30.04.05	Neumitgliederseminar. Personal, Programm und Potential der GEW kennen lernen. Mit Annette Kömer, M.A.*	Seminar	Windischeschenbach Stützelvilla
16.-20.5.05	Segeln auf der Ostsee. Aktives Mitteln auf einem Zweimastschoner. Fortbildungswoche zur Vorbereitung von Schulfahrten. */** Info und Anmeldung: brandenstein@t-online.de	Fortbildung	ab Eckernförde
30.-31.07.05	Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle - vorwärts zu den Wurzeln! Mit Dr. W. Sauerborn, Stuttgart */** Info und Anmeldung: www.gew-unterfranken.de/somsem	Sommerseminar der GEW Unterfranken	Heimbuchenthal

München: siehe immer auch: www.gew-muenchen.de. Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per e-mail anfordern.

* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben über:
 GEW-Büro z. Hd. W. Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg, Tel./Fax: 09 41-79 36 95, e-mail: GEW21972@aol.com
 ** Teilnahmegebühr

GEW-Stammtische ... Kontakte ... GEW-Stammtische ... Kontakte

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an: GEW-Büro für Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Werner Schottenloher, Richard-Wagner-Str. 5/II., 93055 Regensburg, ☎ / Fax 09 41/79 36 95, e-mail: gew21972@aol.com

Aschaffenburg Mitgliederversammlung jeden 1. Schul-Mittwoch, 20.00 Uhr, DGB-Haus; Mittwoch danach, 20.00 Uhr, Stammtisch, Pizzeria Venezia
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

Bad Neustadt jeden 4. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Café Rhänperle
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bayreuth jeden 1. Dienstag im Monat, 20.00 Uhr, Herpichs Brasserie, Schulstr. 23, Bayreuth
Kontakt: Helmut Oskar Brückner, ☎ 09 21/7 31 31 03

Coburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Naturkostrestaurant »Tie«
Kontakt: Karin Seifert-Lobedank, ☎ 0 95 61/81 20 36

Donau-Ries/Dillingen monatlich Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erlangen jeden 1. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Gärtler
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, DreiBauernStüberl
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Haßfurt jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

Ingolstadt jeden 3. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ölbaum (a.d. Schleifmühle)
Kontakt: Bruno Appel, ☎ 08 41/5 46 83

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen nach Absprache
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

München AG SprachlehrerInnen jeden 2. Donnerstag, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Stammtisch-Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Inge Poljak, ☎ 0 89/76 97 95 55

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München GEW-Hochschulgruppe
Kontakt: Michael Bayer, ☎ 0 89/2180-2072, michaelb@stuve.uni-muenchen.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Ulrich Wehner, ☎ 0 91 81/10 64

Neu-Ulm/Günzburg monatlich, Termin auf Anfrage
Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Bad Wolf, Neu-Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg AK Gewerkschaftlicher Durchblick
jeden Dienstag, 21.00 Uhr, Heimat, Eberhardshofstraße
Kontakt: Geschäftsstelle, ☎ 09 11/6 58 90 10

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen/Niederscheyern jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Restauertant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Paulaner Garten (ehem. Paradiesgarten)
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Café Vielharmonie
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Traunstein jeden 2. Montag im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Schnitzelbaumer
Kontakt: Manfred Doetsch, ☎ 08 61/86 74

Unterallgäu/Memmingen jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Parkhotel a.d. Stadthalle
Kontakt: Bertram Hörtensteiner, ☎ 0 83 32/64 66

Weiden jeden 1. Montag im Monat, 19.30 Uhr, Bräustüberl (Kaisereck)
Kontakt: Anna Forstner, ☎ 09 61/4 01 76 30

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino
Kontakt: Manfred Loy, ☎ 0 91 41/24 93

Würzburg jeden 2. Dienstag (ab 1. Schultag nach Ferien), 20.30 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Rudolf Brandenstein, ☎ 0 93 33/5 22

www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de – www.bayern.gew.de

**FREIE AKADEMIE MÜNCHEN • Berufsbegleitende Weiterbildung »Kunsttherapie« und »Kulturpädagogik:
Infos bei 089-6 88 68 38 www.kunsttherapie-akademie.de • Auswahlwochenende: 5.16. März • Studienbeginn 5. April**

Das Institut für Jugendarbeit führt einige berufsbegleitende Zusatzausbildungen durch, die nicht nur für Sozialpädagogen/innen, sondern auch für Lehrer/innen interessant sind. Die nachfolgend aufgeführten Zusatzausbildungen beginnen im Sommer 2005, dauern zwei Jahre und umfassen jeweils ca. 25 Tage:

- Zusatzqualifikation Erlebnispädagogik
- Weiterbildung zum/zur Budopädagogen/in
- Genderpädagogik
- Mediation und Konfliktmanagement

Des Weiteren stehen folgende Einzelveranstaltungen aus dem Jahresprogramm 2005 Lehrer/innen offen:

- Gut geklickt, ist halb gelernt? – 6. Gautinger Internet-Treffen vom 8. bis 9. März 2005
- Abenteuer Lernen – Lernen durch Abenteuer vom 6. bis 10. Juni 2005

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.institutgauting.de>

Institut für Jugendarbeit • Germeringer Str. 30 • D-82131 Gauting
Telefon 089 / 89 32 33-0 (Fax -33) • EMail: tierling@institutgauting.de



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

Privatklinik für psychologische Medizin
mit Fachabteilung für Essstörungen

**Info-Telefon
07221/39 39 30**

Von hier an geht es aufwärts!

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen, Beihilfe

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/3939350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de